

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz. 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 63 A

BERLIN • Dienstag, den 15. März 1932

1. JAHRGANG

Die Niederlage der Arbeiterschaft.

Von Willi Eichler.

Soweit man nach dem ersten, allerdings wohl im Endeffekt nicht mehr sehr veränderlichen amtlich gemeldeten Ergebnis der Präsidentenwahl vom 13. März sehen kann, ist der Sieg HINDENBURGS verbürgt; denn es ist nicht anzunehmen, daß seine Hauptstützen, die „Eiserne Front“ und die SP im besonderen, jetzt noch von ihrer Parole: Schlagt HITLER durch HINDENBURG, zu heilen sein werden, wo der Plan, HITLERS Wahlsieg zu verhindern, ihnen offenbar geglückt ist.

Wir haben im „Funken“ ausgeführt, daß selbstverständlich in dem Fall, daß die Arbeiterschaft HINDENBURG wählt, HITLER — wenigstens jetzt — keine Chance hat, gewählt zu werden. Wir haben gleichzeitig aber — was selbstverständlich ist und für jede Tolerierungs- oder Kompromißpolitik oder auch Politik des kleineren Übels maßgebend sein muß — verlangt, daß die SP sich nach einem für die Arbeiterschaft weniger kompromittierenden und demoralisierenden Weg umsieht, als den Teufel durch Beelzebub auszutreiben: HITLER durch HINDENBURG zu schlagen. Wir haben berechnet, daß die Einheitsfront der linken Arbeiterschaft, kräftig angefangen und durchgeführt, sehr wohl eine Chance auf Erfolg gehabt hätte, selbst wenn alle anderen Stimmen sich HITLER zugewandt hätten, d. h. HITLER hätte durch einen Arbeiter-Kandidaten geschlagen werden können, was zweifellos das für Arbeiter Erstrebenswertere ist, als ihn durch HINDENBURG zu „bekämpfen“.

Wie stehen die Chancen für den Einheitskandidaten im zweiten Wahlgang? Hier müssen wir natürlich einschalten, daß wir im Augenblick der jetzigen Stellungnahme noch nicht wissen können, wie das Bürgertum um HITLER und DUESTERBERG sich verhält und auch nicht verständigigt. Daß die Frage der Einheitskandidatur schwieriger würde, wenn sie erst im zweiten Wahlgang aufgerollt wird, war selbstverständlich. Erstens werden viele sozialdemokratische Arbeiter nicht begreifen, was es nun in dieser Frage noch neu zu tun gäbe, nachdem die sozialdemokratische Parole: Schlagt HITLER durch HINDENBURG, verwirklicht sei. Zweitens müßte die SP offen zugeben, daß ihre Taktik im ersten Wahlgang falsch gewesen ist. Das wird ihr gerade angesichts der Tatsache, daß ihre Parole nahezu restlos durchgeführt ist, schwer fallen, weil sie auf die tieferen Mängel ihrer Politik zurückgreifen müßte. Sie ist dazu insbesondere nicht genötigt — und damit kommen wir zu dem für uns wichtigsten Ergebnis dieses Wahltages —, weil die KP sich — noch mehr als hier erwartet — in diesem Fall als eine unfruchtbare Gruppe erwiesen hat, die infolge ihrer fanatischen Engstirnigkeit kaum ihren eigenen Parteikreis auf die Beine gebracht hat, die, um nur das eine blamable Beispiel herauszugreifen, an dem Wohnort ihres Chefs, sogar 12 000 Stimmen von 135 000 verloren hat. Sie hat also keinerlei Trümpfe in der Hand, die sie der SP gegenüber ausspielen könnte. Und auch die Bedrohung durch HITLER ist — wenigstens für den zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl — nicht vorhanden: sodaß die SP also nur durch ihre politische Einsicht genötigt werden könnte, in ihrer politischen Taktik Wandel zu schaffen. Sie müßte also begreifen, daß ihre Politik eine rein defensive Politik ist, d. h. von Rückzug zu Rückzug weitergeht und schließlich beim völligen Sieg des Faschismus enden wird. Auf diese Einsicht schon für den 10. April zu hoffen, ist wohl aussichtslos.

Das traurigste Ergebnis des Wahlkampfes ist — wie gesagt — der totale Mißerfolg der KP, die am Montag in der „Roten Fahne“ mit „bolschewistischer Selbstkritik“ offen feststellt, daß es uns Kommunisten noch nicht gelungen ist, Millionen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Arbeiter... für den roten Klassenkandidaten ERNST THÄLMANN zu gewinnen. Sie schließt aus dieser bolschewistischen Selbstkritik, in vollkommener Verhöhnung dieser an sich segensreichen Beschäftigung für den zweiten Wahlgang auf eine Verstärkung ihres Kurses auf die Betriebe und eine verschärfte Offensive gegen die „Eiserne Front“. Diese Offensive soll anscheinend

Der Hindenburgsieg.

Das Gesamtergebnis.

In der folgenden Zusammenstellung geben wir zum Vergleich die Zahlen von den Reichstagswahlen vom September 1930 in Klammern an. Dabei haben wir als Vergleichszahl für THÄLMANN die für die KPD abgegebenen Stimmen, für HITLER die Stimmen der NSDAP, für DUESTERBERG die Stimmen der DNVP und für HINDENBURG die übrigen gültigen Stimmen der Wahl von 1930 angegeben, d. h. in der Hauptsache die Stimmen folgender Parteien: SPD, Zentrum, DVP, Staatspartei, Wirtschaftspartei, Landvolk.

DUESTERBERG	2 558 256	(2 457 686)
HINDENBURG	18 659 203	(21 528 953)
HITLER	11 326 481	(6 379 672)
THÄLMANN	5 559 092	(4 590 160)
WINTER	111 452	
Ungültig	35 006	
Abg. Stimmen	37 712 376	(35 224 499)

Berliner Wahlergebnis.

	Präsidentenwahl 1932	Reichstagswahl 1930
DUESTERBERG	232 080 (6,0 %)	351 346 (13,0 %)
HINDENBURG	1 307 780 (45,1 %)	1 169 697 (43,1 %)
HITLER	664 559 (22,9 %)	395 656 (14,6 %)
THÄLMANN	384 966 (23,6 %)	738 983 (27,2 %)

Das Gesicht des Wahltages.

M. S. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht — diese Parole hatte gewirkt. Freude an diesem Erfolg konnte nur der Polizeichef, nicht der Sozialdemokrat GRZESINSKI haben.

Am Sonnabend noch ein ziemlich lebhaftes Straßenbild: Handzettelauflaster, Zeitungsverkäufer, Menschen, die vor den Liffsäulen mit ihren Riesenplakaten standen und lasen. Dazwischen, zum Beispiel in der Leipziger Straße, viel Polizei, in Gruppen von zweien, dreien, fünfen, und im Abstand von etwa 500 m berittene Schupo, immer zu zweien. Freilich von bedrohlicher Haltung nichts zu spüren.

Am Sonntag: alles leer; die Straßen öde; die Kneipen, Restaurants, Cafés bestenfalls mit den üblichen Besuchern besetzt. Im Wedding und am Gesundbrunnen spärlich rote Fahnen in fast allen Straßen. In einer Straße eine schwarzweißrote Fahne; am Brunnenplatz eine schwarzrotgoldene Fahne. In der Kösliner Straße (einem Hauptkampfsplatz vom Mai 1929) 50 rote Fahnen; bei früheren Gelegenheiten waren dort schon mehr Fahnen zu sehen. Kein Hakenkreuz zu entdecken.

Welchen Zweck sollte es auch für die Berliner haben, auf die Straße zu gehen? Die Verkündung der Wahlergebnisse war ja im Interesse der freien Republikaner in die Wohnstuben verbannt, beschränkt auf diejenigen, die im Besitz eines Radios waren. Wer Geld übrig hatte, konnte noch ins Kino gehen und zwischen den Liebes- und Detektivfilmen Wahlziffern ablesen. In einem Kino am Anhalter Bahnhof wurde in der Wochenschau HINDENBURG gezeigt, wie er eine Wachtparade abschreitet. Das Publikum klatschte lebhaft. Als Wahlergebnisse bekanntgegeben wurden, teilnahmslos Schweigen.

In den Stuben: Menschen um den Tisch versammelt. Das Radio war angestellt, das Fünkorchester spielte Märsche, Menuette von MOZART und Tanzmusik. Dazwischen der Ansager mit Teilmeldungen, im Wechsel mit Gesamtmeldungen. Nachdem schon bald zu Anfang die Linie des Wahlergebnisses

nend noch immer nicht in proletarischer Arbeit, sondern in einigen Schimpfartikeln der „Roten Fahne“ bestehen.

Wir wollen uns heute hier ersparen, die Chancen einer gemeinsamen Arbeiterkandidatur für den zweiten Wahlgang zahlenmäßig zu erwägen. Wir wollen hier nur auf die unerläßliche Notwendigkeit hinweisen, die für eine solche Einheitsfront von Tag zu Tag und auch durch dies Wahlergebnis mehr erwiesen wird. Die nationalsozialistischen Stimmen haben sich nahezu verdoppelt. Die Bedeutung dieses Sieges für die Arbeiterschaft brauchen wir hier nicht zu erklären. Ein anderer als

AUS DEM INHALT:

- Geeint heißt siegen — getrennt unterliegen.
- Heimarbeit im Thüringer Wald.
- Nationalsozialistische Mörder verurteilt.
- Ivar Kreuger desertiert.
- Zu Briands Begräbnis.
- Brandbomben in Indien.

klar sichtbar war mit dem deutlichen Übergewicht HINDENBURGS gegenüber jeder anderen Partei, auch da gelassenes Abwarten.

In den Straßenbahnen und Utergrundbahnen beim Nachhausefahren kaum ein Wahlgespräch zu hören.

Das Volk hatte während des Tages seine Pflicht getan — es hatte im Geheimverfahren gestimmt. Dieses Verfahren wurde beibehalten, als es galt, die Ergebnisse seines Tuns zu hören und zu beurteilen. In der künstlich auferlegten Einsamkeit konnten die Anhänger der Demokratie nachdenken oder schlafen. Ein entmündigtes Volk steht in der Gefahr, das Zweite zu tun.

Auch außerhalb Berlins ist der Wahlsonntag — wie gemeldet wird — im allgemeinen ruhig verlaufen.

In den Verkehrslokalen der Nazis

wartet man mit Spannung auf die Wahlergebnisse. Die ersten Meldungen von HINDENBURGS Führung werden hohnlachend aufgenommen. „Ist ja alles Schwindel; jetzt bringen sie die guten Meldungen für HINDENBURG; aber das dicke Ende kommt noch.“ Im Meldelokal, in dem Meldelokal und Samariter stationiert sind, wird eifrig notiert. Um 22 Uhr sind die Würfel gefallen. Für HITLER ist nichts mehr zu hoffen. Alle sind sehr erstaunt; sie hätten tatsächlich geglaubt, HITLER würde im ersten Wahlgang die Mehrheit bekommen. Mancho hoffen noch auf den zweiten Wahlgang. Andere sind skeptischer: „Dann muß die Nacht der langen Messer helfen!“ Die Wachtposten in der Hodemannstraße, die vor 22 Uhr noch zu eifrigen Unterhaltungen mit den Passanten bereit waren, stehen mürrisch und haben keine Lust mehr: „Es ist alles z. K!“ Weiter ist nichts mehr aus ihnen herauszuholen.

Hugenberg vermittelt.

2. Wahlgang soll wegfallen.

HUGENBERG hat vorgeschlagen, durch ein verfassungsänderndes Gesetz die Wahl vom 13. März als endgültig entscheidend zu erklären, um die Anstrengungen und Kosten für den zweiten Wahlgang zu sparen, der doch wieder einen Sieg HINDENBURGS bringen würde. Er meint, daß die nationale Opposition sich hinter ein solches Gesetz stellen würde; große Teile der nationalen Front hätten schon am Sonntag für HINDENBURG gestimmt.

die Arbeiterschaft selber schützt sie sicher nicht vor HITLER und dem Faschismus. Unsere Bemühungen um die Einheitsfront sollen deshalb auch nicht begrenzt für eine Wahlaktion (für den 10. April vielleicht) bewertet werden, sondern für das Zustandekommen einer gemeinsamen Front der Arbeiter überhaupt. Was darüber im einzelnen zu sagen ist, wird an dieser Stelle bald geschehen.

So viel aber ist gewiß: Die Bemühungen um die Einheitsfront, diese große und weiterführende Aufgabe der Arbeiterschaft, müssen sofort aufgenommen werden. Alle Genossen fördern wir auf, das Wahlergebnis in diesem Sinne zu beurteilen und zu verzerren.

Geeint heißt siegen — getrennt unterliegen.

Ein Bericht zum Nachdenken.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht der Baugewerkschaft München erscheint uns so typisch für die Lage der Baugewerkschaften und eines großen Teils der freien Gewerkschaften überhaupt, daß wir ihn auszugsweise hier wiedergeben.

Bautätigkeit und Arbeitslosigkeit.

Waren die Jahre 1929 und 1930 mit 28,5 bzw. 47,6 Prozent im Jahresdurchschnitt vorhandener Arbeitsloser schon schlecht, so wurden sie durch die Arbeitslosigkeit im Jahre 1931 (mit 73 Prozent in München) doch weit übertroffen.

Die Bautätigkeit ist fast vollständig zum Erliegen gekommen. Während im Jahre 1929 rund 5000, im Jahre 1930 noch rund 3000 Wohnungen in München gebaut wurden, ist diese Zahl im Jahre 1931 auf rund 1100 Wohnungen gesunken. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Tiefbau. An Industrie- und öffentlichen Hochbauten ist kaum etwas von Bedeutung erstellt worden. Die Privatbautätigkeit war so gering, daß man am besten darüber schweigt.

An Kleinstwohnungen herrscht immer noch große Nachfrage, die vielen Bauhandwerkern auf Jahre Verdienstmöglichkeit geben könnte; die Stadt hat allein für rund 40 Millionen Mark Bauaufträge zurückgestellt, weil die Mittel fehlen; und die Hausbesitzer stecken jedes Jahr rund 32 Millionen Mark aus den Mieteinnahmen in die Tasche, statt dieses Geld für den Zweck, für den es nach der Berechnung der Miete bestimmt ist, zu verwenden, und lassen ihre Häuser lieber dem Verfall entgegengehen.

Arbeitsbedingungen und Arbeitskämpfe.

Neben sonstigen Verschlechterungsanträgen der tariflichen Bestimmungen verlangen die Baugewerkschaften eine Reduzierung der Löhne um 30 bis 50 Prozent.

In 51 Sitzungen haben wir mit den Arbeitgebern um die Rechte der Kollegen gekämpft. Wenn es uns nicht möglich war, die Angriffe der Arbeitgeber auf die tariflichen Bestimmungen restlos abzuwehren, so ist doch mit Genugtuung festzustellen, daß wir die alten Verträge mit kleinen Änderungen erneuern konnten. Nur bei den Löhnen sind wir hart mitgenommen worden.

In nachstehender Aufstellung geben wir einen Ueberblick über die Entwicklung der Stundenlöhne in einem Teil unserer Fachgruppen:

Berufsgruppe	Lohn am		Abbau in	
	1.1.32	1.1.32	Pfennig.	Prozent.
Maurer	137	115	22	16,0
Hilfsarbeiter	114	95	19	16,0
Glaser	136	115	21	15,4
Dachdecker	162	136	26	16,0
Feuerungsmaurer	146	121	25	17,1
Fliesenleger	171	150	21	12,3
Hafner (Setzer)	162	137	25	15,4
Reparaturarbeiter	146	123	23	15,7
Isolierer	144	119	25	17,3
Steinholzleger	158	130	28	17,7
Stukkateure	175	150	25	14,3

Kasse und Unterstützungen.

An Unterstützungen haben wir insgesamt 246 880,91 Mark ausbezahlt.

Der Markenumsatz betrug: 97 996 Vollbeiträge, 79 438 Verwaltungsbeträge und 183 000 Fremdeinlagen.

Vor dem Arbeitsgericht wurden allein 65 Fälle mit einem Streitwert von 14 681,73 Mark eingeklagt.

Obwohl durch Vergleich und Urteile der größte Teil dieses Betrages anerkannt wurde, konnten für 3355,25 Mark die Forderungen wegen Zahlungsunfähigkeit der Schuldner nicht eingetrieben werden. Wir müssen deshalb dringend davor warnen, irgend einen Betrag des verdienten Lohnes beim Untertäniger stehen zu lassen.

Mitgliederstand.

Durch die Spaltungsarbeit des roten Einheitsverbandes der Bauarbeiter sowie durch die große Arbeitslosigkeit und auch durch die Sparmaßnahmen des Bundes hat sich unser Mit-

gliederbestand nicht unwesentlich gesenkt. . . . die Kerntuppen sind geblieben und von den Mauern sind immer noch 75 Prozent bei uns organisiert. Dasselbe trifft mit wenigen Ausnahmen auf die übrigen Fachgruppen zu.

Trotz dieser so ungünstigen Umstände können wir einen Mitgliederzuwachs von 435 Kollegen buchen. Der Abgang war wesentlich größer und besteht überwiegend aus Mitgliedern, die wegen Beitragsrückstand gestrichen werden mußten. 11 Mitglieder wurden ausgeschlossen, davon drei wegen Streikbruch, drei wegen Veruntreuung und die übrigen wegen anderen verbandsschädigenden Treibens.

Betriebsvertretung.

Ein ungemein schwieriges Gebiet ist das der Betriebsvertretung. Hier beeinflussen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Kollegen besonders stark. Schwer ist es, überhaupt noch Kollegen zu finden, die den Scheid haben, einen Baudelegierten zu machen.

Nicht in allen Situationen hat ein Teil der Kollegen so gehandelt, wie es im Interesse aller notwendig gewesen wäre, das wollen wir auch hier aussprechen, denn es ist dadurch vieles von dem in früheren Jahren mühsam Er kämpften verlorengegangen.

H. Fo. Wenn man einen solchen Bericht liest, legt es sich einem wie Alptrüben auf die Brust, zeigt er doch mit erschreckender Deutlichkeit die verheerenden Wirkungen des heutigen völlig bankrotten Systems. Von hundert Arbeitswilligen sind fünfundsiebzig zum Nichtstun verurteilt; hunderttausende hausen in elenden Löchern und gehen körperlich und seelisch zu Grunde, hunderttausende Bauwillige und Baukundige müssen die Hände in den Schoß legen. Ist es ein Wunder, daß sie mißmutig und ungeduldig schließlich auch den Gewerkschaften, von denen sie vergeblich Hilfe erhofft haben, den Rücken kehren? Gewiß machen sie dadurch nichts besser; im Gegenteil: sie berauben dadurch ihre gemeinsame Vertretung der Kraft, statt sie zu aktiverer Tätigkeit anzuspornen und zu befähigen. Solche Berichte sollten sich alle Gewerkschaftsführer wieder und wieder durchlesen, um sich den ganzen Ernst der Lage, in der sich die Arbeiterschaft befindet, klarzumachen, und sich zu überlegen, wie sie besser als bisher eine Hebung dieser Lage bewirken können. Daß in dieser Hinsicht nicht alles erschöpft worden ist, ist klar. Manche Abkehr von der Gewerkschaft hat ihren Grund darin, daß auch dort, wo eine Kampfmöglichkeit bestanden hätte, die Gewerkschaften nicht eingegriffen haben, daß sie sich u. a. ins Schlepptau einer Partei begeben und damit deren Zurückweichen und Sichfügen angenommen haben. Mancher Kollege mag sich auch Gedanken gemacht haben, ob die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten in einem angemessenen Verhältnis zu der Lage der Gewerkschaften stehen, ob hier nicht noch manches an solidarischen Taten unterblieben ist. Solche Mängel machen es dann Spätwerk der einen oder anderen Richtung leicht, Kollegen aus den Gewerkschaften herauszuholen. Wir stimmen dem Motto des Baugewerkschaftsberichtes zu: „Geeint heißt siegen, getrennt unterliegen.“ Die Gewerkschaftsfunktionäre müssen sich immer wieder fragen, ob sie das ihre getan haben, die Einigkeit und Kampfkraft der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten.

Nationalsozialistische Mörder verurteilt.

Danzig, 12. März.

In dem seit dem 29. Februar vor dem Danziger Schwurgericht andauernden Prozeß wegen der blutigen Schlägerei in der Silvesternacht in Zoppot, bei der ein Kommunist erschossen worden war, wurde am Sonnabend das Urteil verkündet. Von den angeklagten 24 Nationalsozialisten wurden wegen Körperverletzung mit Todesfolge, Raufhandel und

schweren Landfriedensbruchs der SA-Mann Post zu drei Jahren einem Monat Gefängnis, der SA-Führer GERBER zu zwei Jahren neun Monaten Gefängnis, der SA-Führer WEBER zu zwei Jahren drei Monaten und der SA-Mann TESSMER zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Fünf weitere Nationalsozialisten erhielten wegen schweren Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von 1½ Jahren bis zu zehn Monaten Gefängnis, zwei weitere wurden wegen leichten Landfriedensbruchs zu drei bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen unbefugten Waffenbesitzes erhielten zwei Angeklagte Geldstrafen, ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Hamburgs Holzarbeiter auf dem Damm.

E. K. Vor mir liegt der Tätigkeitsbericht des Deutschen Holzarbeiterverbandes (DHV), Verwaltungsstelle Hamburg, für 1931. Ein interessantes und aufschlußreiches Buch für den Gewerkschaftskampf! Man muß nur verstehen, es richtig zu lesen und mit Fragen an den vielen Stoff heranzugehen.

Zur Beurteilung der Kampfkraft einer Gewerkschaft ist es wichtig zu wissen, welchen Einfluß sie in den Betrieben hat. Wie ist also das Organisationsverhältnis der Hamburger Holzarbeiter?

	1930	1931
Vorhandene Holzarbeiter	13 852 %	13 091 %
davon organisiert	10 524 76	9 809 75
davon unorganisiert	3 328 24	3 282 25
Beschäftigte	8 357 %	4 691 %
davon organisiert	6 641 80	3 448 73,5
davon unorganisiert	1 716 20	1 243 26,5

Die Hamburger Holzarbeiter sind also im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen mit 75 Prozent sehr gut organisiert. Der Verband hat heute noch eine Dreiviertel-Mehrheit in den Betrieben, eine Macht, die schon mancher Hamburger Holzindustrieller unangenehm zu spüren bekommen hat. Der Verband könnte die Parole eines allgemeinen Generalstreiks durchführen, er brauchte dabei auch keine Angst vor den erwerbslosen Kollegen zu haben, denn auch sie sind gut organisiert, wie diese Tabelle zeigt:

	1930	1931
Erwerbslose Holzarbeiter	5 495 %	7 926 %
davon organisiert	3 882 71	5 782 73
davon unorganisiert	1 613 29	2 144 27

Allerdings ist auch unter den Verbandskollegen die Erwerbslosigkeit sehr groß. Ende 1930 waren 36,8 Proz., Ende 1931 56,8 Proz. der Mitgliedschaft ohne Arbeitsstelle. Hier muß eben der Verband dafür sorgen, daß die Solidarität der erwerbslosen Kollegen wach gehalten wird!

Die „Bonzengehälter“ sind von jeher eine der schwierigsten Angelegenheiten der Arbeiterorganisationen gewesen. Der größte Vorwurf gegen Arbeiterorganisationen ist immer: Eure Funktionäre wollen ja doch nur von euren Groschen ein gemühtliches Leben genießen! Diesem Vorwurf könnte sehr schnell die Spitze abgebrochen werden, wenn die Funktionäre ihre Gehaltslisten veröffentlichen. Sie schweigen aber im allgemeinen, leider auch in dem vorliegenden Bericht. Hier finden wir nur die Angabe, daß die Ausgaben für Gehälter, Einkassierung, Betriebs- und Außenkassierung, Aushilfen und Entschädigung der Funktionäre von 97 989,66 RM im Jahre 1930 auf 78 884,13 RM, im Jahre 1931 gesenkt worden sind, also um 19,5 Prozent. Warum kein Wort über die einzelnen Gehälter? Hat man etwas zu verheimlichen?

Erfreulich ist, daß der Verband trotz der Krise keinen großen Mitgliederverlust aufweist. Infolge von 497 Neuaufnahmen konnte er auf 6,5 Proz. beschränkt werden. Die Verwaltung stellt in ihrem Bericht hierzu fest:

„Die innere agitatorische Kraft des Verbandes ist durch die Krise noch nicht angegriffen worden.“

Heimarbeiter im Thüringer Wald.

Bs. Auf dem Thüringer Walde liegt in einer Höhe von 800 Metern das Glasbläserdorf Steinheid. Es zählt 2900 Einwohner. Fast 1500 von ihnen sind in der Glasindustrie tätig. Diese verteilen sich auf rund 500 Heimarbeiter-Betriebe, von denen sich ungefähr 400 mit der Herstellung von Christbaumschmuck befassen, während in den übrigen Glasperlen und Glasäugen (für Puppen und Spieltiere) gemacht werden. Haus für Haus hört man in Zeiten guter Beschäftigung die durch den Blasebalg angefachte Stiefelflamme rauschen. Jetzt, in den Wintermonaten, stehen die Bälge still. Nur selten sieht man jemanden ein Bündel Glasröhren, das Rohmaterial der Glasbläser, nach Hause tragen. Es werden jetzt nur Muster gemacht, die für die Leipziger Messe bestimmt sind. Im März setzt das amerikanische Geschäft ein. Es dauert allerdings nur vier bis fünf Wochen, und nur etwa der vierte Teil der Christbaumschmuckmacher hat an den Aufträgen teil, die größtenteils durch die amerikanische Firma Woolworth ausgegeben werden. Die übrigen Glasbläser müssen weiter stampeln, bis im Sommer allmählich das nichtamerikanische Auslandsgeschäft und noch später das deutsche Geschäft einsetzt. Nur ein Vierteljahr, von September bis November, sind die Glasbläser wirklich beschäftigt, oder besser gesagt, waren sie bis vor zwei Jahren wirklich beschäftigt. Seit 1929 bekommen immer mehr Glasbläser auch in dieser Zeit der „Konjunktur“ für Christbaumschmuck überhaupt keine Bestellungen mehr. Was der Glasbläser während der langen Zeit, während der er zum Feiern gezwungen ist, „versäumt“, das sucht er in den Herbstmonaten wieder einzuholen. Von 6 Uhr morgens bis gegen Mitternacht sitzt er am Balg: Seine tägliche Arbeitszeit beträgt im allgemeinen 12 bis 14, mitunter auch 16 Stunden. Frauen und Mädchen (sehr oft auch Kinder), die „fertigmachen“ müssen, sitzen häufig bis nach Mitternacht bei der Arbeit; denn der Auftrag muß rechtzeitig abgefertigt werden, damit der Verleger die nächste Bestellung nicht an andere Glasbläser gibt. Und der Lohn für diese Arbeit? Ein guter Bläser erhält im günstigsten Falle einen Stundenlohn von 40 Pfennigen, gewöhnlich aber nur 30 bis 35 Pfennige. Für Frauen und

Mädchen beträgt der Stundenlohn häufig weniger als 20 Pf. Der „selbständige“ Glasbläser verdient meist ebensowenig wie derjenige, der bei einem andern Heimarbeiter in Arbeit steht, denn wenn er einen wöchentlichen Verdienst von 25 bis 30 M hat, so darf dabei nicht vergessen werden, daß die Frau Tag für Tag als volle Arbeitskraft mitgeholfen hat. Doch die Arbeit der Frau wird selten in den Preis der Ware einkalkuliert, noch viel weniger die der Kinder.

Der Verband der Christbaumschmuck- und Augenmacher ist längst auseinandergefallen. Viele arbeitslose Glasbläser waren trotz Tarif gewillt, billiger als ihre noch beschäftigten Kollegen zu arbeiten. Je mehr die Arbeitslosigkeit stieg, desto mehr schwanden die vorhandenen Ansätze zur Solidarität, die bei Heimarbeitern ohnehin nur schwach entwickelt ist. Wie die Löhne während der letzten Jahre heruntergedrückt worden sind, dafür sollen zwei Beispiele dienen, die die Augenmacher betreffen. Im Jahre 1924 kosteten hundert Stück einer bestimmten Glasäugensorte laut Tarif 2,05 M. Jetzt kosten dieselben Augen nur noch 0,95 M. Ein Augenmacher ist bei 12stündiger Arbeitszeit imstande, täglich 400 solcher Augen herzustellen. Rechnet man den Verbrauch von Glasröhren mit 1 M, den Verbrauch von Gas mit 0,20 M, so bleibt ein täglicher Verdienst von 3,80 minus 1,20 gleich 2,60 M. Da der Sonnabend Liefertag ist (die Augen werden in die mehrere Stunden entfernten Spielwarenläden des Kreises Sonneberg geliefert) und die Woche somit nur fünf Arbeitstage zählt, hat dieser Augenmacher bei 60 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit einen Lohn von 13 M. Die Frau des Augenmachers, der mir diese Zahlen mitteilte, stellt Augen geringerer Güte her. 100 Stück dieser Sorte kosteten 1921 0,60 M, jetzt 0,12 M. Die Frau vermag an einem Tag bei 12stündiger Arbeitszeit 1200 Stück herzustellen. Von dem Preis für diese Augen — 1,44 M — müssen natürlich noch die Ausgaben für Glasröhren und Gas abgezogen werden, so daß in diesem Falle der Tagesverdienst kaum mehr als eine Mark beträgt. Ausgaben für allgemeine Unkosten pflegt der Glasbläser überhaupt nicht zu rechnen.

Ebenso gering oder noch geringer ist der Verdienst der Perlenmacher. Das Perlenmachen ist eine Arbeit, die fast ausschließlich von Frauen ausgeführt wird. In Steinheid werden die Perlen nur geblasen. Das „Einziohod“, d. i. das Versilbern mit Fischsilber (Fischschuppen), geschieht in dem

nahen Lauscha. Zu einer Kette Perlen, die einen Durchmesser von 14 mm haben, gehören 23 Stück. Der Preis für ein Dutzend solcher Ketten, also für 276 einzelne Perlen, beträgt 40 Pfennige. Für Röhren sind hierbei 10 Pfennige, für das Gas 4 Pfennige abzurechnen, so daß ein Verdienst von 26 Pf. übrigbleibt. Die Arbeitszeit beträgt 2¼ Stunden, der Stundenlohn ist also 10 Pfennige.

Was wir hier über die Arbeitsverhältnisse in Steinheid gehört haben, das trifft auch auf die anderen Heimarbeiterorte des Thüringer Waldes zu. Durch das Vorhandensein einer ungeheuren Reservearmee werden die „freien“ Heimarbeiter gezwungen, ihre Arbeitskraft gegen einen Lohn zu verkaufen, der ihnen nur ein Hungerdasein ermöglicht.

Die Frau schweige in der Versammlung.

F. S. In der „Göttinger Hochschul-Zeitung“, Nr. 8, vom 15./16. Februar, finden wir in einer Plauderei über „Hochschul-Allerlei“ folgende niedliche Geschichte, die gut erfunden ist, wenn sie nicht wahr sein sollte:

„Eine harmlosere Blamage erlitten neulich die hallischen Studenten bei der diesjährigen Reichsgründungsfeier. Es waren akademische Preise für wissenschaftliche Arbeiten ausgesetzt und hierbei erhielt eine Arbeit der medizinischen Fakultät den 1. Preis, welche mit dem Kennwort: „Mulier tacet in ecclesia“ (Die Frau habe in ernsthaften Versammlungen zu schweigen) ausgezeichnet war. Beim Aufruf dieses Kennwortes wurde allgemeines Getrappel hörbar, das die Sympathie der Kommilitonen zu diesem Sprichwort ausdrückte. Aber lange Gesichter kamen zum Vorschein, als die Umschläge mit den Namen der Preisträger geöffnet wurden und es sich herausstellte, daß der Preisträger mit dem obengenannten Motto — eine Studentin war. So hat man trotz des Hochschulkampfes in Halle eine kleine Minute stillen Schmunzels in der Universität gesehen.“

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Geschichte sich tatsächlich so zugetragen hat. Ob die trampelnden Studenten und die Leser der „Göttinger Hochschul-Zeitung“ daraus Lehren ziehen werden? Wer den Geist eines großen Teiles der heutigen akademischen Jugend kennt, wird daran zweifeln. Wenn die studentische Jugend aus solchen Erfahrungen lernen wollte, könnte sie auch bei Arbeitern wieder etwas Achtung gewinnen.

Koburg unter Staatsaufsicht.

München, 12. März.
„Die Münchener Telegramm-Zeitung“ meldet, daß für den nächsten Sonntag im Bahnhofshotel in Koburg 12 Zimmer für HITLER, FRICK, GOEBBELS und andere nationalsozialistische „Führer“ bestellt worden seien.

Die Koburger Stadtverwaltung und damit auch die Leitung der städtischen Polizei befindet sich bekanntlich in nationalsozialistischen Händen.

Auf Anordnung des bayerischen Innenministeriums hat nun am Samstag der Staatskommissar von Koburg, Oberregierungsrat FRITSCH die Polizeigewalt der Stadt Koburg übernommen. Für den Wahltag hat er eine Verstärkung der Landespolizei veranlaßt.

Vorzensur von Zeitungen.

Bei verschiedenen kommunistischen und nationalsozialistischen Zeitungen (uns liegen Meldungen vor aus verschiedenen Orten Mitteldeutschlands, aus Königsberg, Breslau, Frankfurt (Oder) und Hamburg) erschienen am Sonntag mittig kurz nach Beginn des Druckes Kriminalbeamte und erklärten, die Zeitung auf Falschmeldungen über den Gesundheitszustand HINDENBURGS, angebliche Rücktrittsabsichten, Putschgefahren u. s. w. durchsehen zu müssen. Nach Prüfung der Zeitung wurde der Druck freigegeben.

§ 118. Abs. 1. der Reichsverfassung enthält den schönen Satz: „Eine Zensur findet nicht statt“.

Hakenkreuz-Christen.

A. S. Der Marburger Theologe GEORG WÜNSCH hat vor kurzem ein Buch herausgegeben: „Reich Gottes — Marxismus — Nationalsozialismus. Ein Bekenntnis religiöser Sozialisten.“ In einem der Aufsätze des Buches finde ich einige Zitate aus Reden nationalsozialistischer Pfarrer, die den Inhalt der Boxheimer Dokumente in den Formen des Christentums wiederholen. Der Pfarrer KRIEGER sagte am 20. März 1931: „Ich bete jeden Abend mit dem Vaterunser, daß dies korrupte System bald zugrundegehen möchte. Ich wiederhole auch hier . . . : daß dann genügend Hanfstricke vorhanden sein möchten!“ Das christliche Herz des Pfarrers PEPPERKORN sehnt sich danach, führende Finanzgrößen an die Wand zu stellen und einige handfeste Männer, nicht gerade mit Gesangbüchern, ihnen gegenüber.

GEORGE GROZ bekam einen Gotteslästerungsprozeß an den Hals gehängt. Wenn solche Prozesse den Anspruch rechtfertigen wollten, kirchliche Gebräuche vor Nichtachtung zu schützen — was übrigens, wie bekannt, auch ohne einen Sonderschutz der Kirche durch die allgemeinen Paragraphen des Strafgesetzbuches vollgültig geleistet werden könnte —, so täte die Kirche gut daran, endlich diejenigen ihrer eigenen Vertreter unter Anklage zu stellen, die den entscheidenden Lehren der christlichen Kirche so ins Gesicht schlagen. Da wir solche Tüchtigkeit von den Hütern der Kirchenlehre nicht erwarten und nicht gewillt sind, ihnen diese Arbeit abzunehmen, bleibt uns nur zweierlei zu tun übrig: Worte und Taten dieser Christen immer wieder bekanntzumachen und dafür zu sorgen, daß die Kirche in der Form von Kirchenausritten die Antwort auf solche Äußerungen erhält.

„Klassengenossen.“

W. L. Kassel, 4. März.

Ich stehe mit einem Genossen vor einem Kasseler Versammlungslokal, in dem eine vom neutralen Erwerbslosen-Ausschuß einberufene Versammlung stattfinden soll und biete den „Funken“ an. Nach einiger Zeit erscheint der Versammlungsleiter und fordert mich auf, mit meinen Zeitungen wegzugehen. Die Begründung: die Versammlung sei von

„ihnen“ einberufen und „sie“ würden unseren „Funken“-Verkauf nicht dulden. Ich lasse mich jedoch nicht beirren und erkläre dem Genossen, daß sein Hausrecht an der Tür des Lokals aufhöre. Als die Polizei, durch diesen Vorfall angelockt, dem Genossen verbietet, durch provokatorische Äußerungen den öffentlichen Verkehr vor dem Lokal zu stören, verschwindet er. Kurze Zeit darauf erscheint der Versammlungsredner selber. Er ist Kommunist und verlangt von uns, wir sollten schloßartig verduften, „sonst könne es noch was geben“. Vor den Umstehenden droht er lärmend, uns unsere „Zeitungen in tausend Fetzen zu zerreißen“. Er fordert sogar die Polizei auf, uns zu entfernen. Als die Polizei ihm den Gefallen nicht tut, packt er mich plötzlich am Arm, um mir einen kräftigen Stoß zu geben. In diesem Moment faßt ihn die Polizei am Schilps und schiebt ihn ins Versammlungslokal ab. Erbitterung erfüllt mich über diesen Kampf mit meinen Klassengenossen. Ich muß mich äußerlich beherrschen, um den Verkauf unserer Arbeiterzeitung ordentlich weiterführen zu können.

Staatskommissar statt Provinziallandtag.

Um den Haushalt der Provinz Brandenburg.

h Berlin, 12. März.

Der Brandenburgische Provinziallandtag hat es abgelehnt, den Haushaltsvoranschlag für 1932 anzunehmen. Daraufhin hat sich der Oberpräsident der Provinz Branden-

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

am 23. März in Berlin gibt der ISK ein Sonderheft heraus:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

Etwa 48 Seiten stark. Preis etwa 20 Pf.

Wir bitten, sofort Bestellungen an uns gelangen zu lassen, damit sie rechtzeitig erledigt werden können.

Internationale Verlags-Anstalt, G.m.b.H. / Berlin S 14, Inselstr. 8a.

burg veranlaßt gesehen, einen Staatskommissar zu bestellen, mit dem Auftrag an Stelle des Provinziallandtags die erforderlichen Beschlüsse über die Festsetzung der Ausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1932 zu fassen. Der Oberpräsident hat sich der Zustimmung zu den Beschlüssen des Staatskommissars vorbehalten.

Preußischer Landtag

h Berlin, 12. März.

Der Preußische Landtag tritt am Dienstag, 13 Uhr, wieder zusammen, um die erste Haushaltsberatung vorzunehmen, die sich voraussichtlich über drei Tage erstrecken wird. Da am Montag der Ständige Ausschuß des Landtags im Einvernehmen mit dem preußischen Staatsministerium wahrscheinlich den Termin für die Wahl zum Preußischen Landtag festsetzen wird, nimmt man an, daß in der Aussprache auch die bevorstehenden Wahlen erörtert werden.

Magdeburg

Chiyin Chen (Schanghai)

spricht am Mittwoch, dem 16. März, um 20 Uhr, in der

Öffentlichen Versammlung

bei Bleck (früher Luchtefeld), Knochenhauerufer 27/28, über

„China und das europäische Proletariat.“

Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Montag, den 14. März.

Hamburg:

18.35 ROSENBAUM: Sind Erwerbslosen-Siedlungen ein Ausweg?

Langenberg:

19.30 Prof. Dr. Most: Chronik der Weltwirtschaft.
21.00 Hörspiel: Drei Jahrtausende Sport.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Sozialismus oder Staatskapitalismus?

Dienstag, den 15. März.

Berlin:

20.30 Konzert aus der Philharmonie unter Leitung von FURTWÄNGLER. (Auch Königswusterhausen und Mühlacker.)

Hamburg:

16.40 Dr. WILH. JESSE: Die Rolle von Gold und Silber in der Geld- und Währungsgeschichte der Länder.
18.55 Dr. JOHN BRECH: Indien weltwirtschaftlich gesehen.

Leipzig:

20.30 Hörspiel: „Straßenrondo“ von SCHIROKAUER.
21.30 Tagesfragen der Wirtschaft.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: I.V.A. Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 6909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzmodell?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probeummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H. Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

Liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83

Vorkaufstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 87
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 48, Lietzmannstraße 16/17

Fernsprecher L alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 8062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hambu g 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42

Elegante und praktische Herren- und Damenkleidung nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. 1.
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landhelme, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

C. Lotze

Göttingen

Johannisstraße 2

Butter

Käse

Eier

Landbrot

Inseratenvertreter

für gut eingeführte Tageszeitung werden dringend gesucht.

Schriftliche Bewerbungen an

Buchdruckerei A. Janiszewski GmbH.

Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29 Chiffre 00100

Zur Jugendweihe!

Vom Sinn der Jugendweihe.

Rede von Minna Specht.

12 Tausend.

1930

35 Pf.

Aus den Presse-Urteilen:

„Die Jugendweihe als Weihe der jungen Genossen für die Teilnahme am Befreiungskampf des Proletariats. — Das ist der höchste Sinn, den eine proletarische Jugendweihe haben kann! Diese Rede ist durch einen weiteren Vorzug ausgezeichnet: sie ist frei von Parteipolitik. Die Rede sollte von allen Proletariern gelesen werden; denn ihre Auffassung ist bahnbrechend dafür, wie wir eine proletarische Jugendweihe begeben sollten.“

„ISK“ Nr. 3, vom März 1929.

„Man wird selten eine Rede finden, die wie diese in so klarer und einfacher Sprache den Sinn der Jugendweihe als rein proletarische Feier den jungen und alten Freiidenkern in gleicher Weise verständlich macht.“

„Der Freiidenker“ Nr. 8, vom März 1929.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Die Mehrheitsparteien gegen Simmat.

g Memel, 12. März.

Die Memeler Mehrheitsparteien haben am Sonnabend vor-mittag dem Gouverneur MERKYS mitgeteilt, daß sie nach dem von SIMMAT ausgeübten Druck sich weigerten, mit diesem auch nur noch zu verhandeln, geschweige denn, ihn, als Präsi-denten des Direktoriums hinzunehmen.

Polen gegen Danzigs Selbständigkeit.

g Danzig, 12. März.

Der Wortlaut des polnischen Antrages an den Danziger Völkerbundskommissar auf Entscheidung in der Danzig-polnischen Zollstreitfrage, der am 1. März in polnischer Sprache beim Grafen GRAVINA eingereicht worden war, ist nunmehr dem Danziger Senat übermittelt und übersetzt worden. Polen nimmt in dem Antrag den Standpunkt ein, daß Danzig gegen die Vorschriften und Absichten des Versailler Vertrages und der Pariser Konvention verstößt. Aus diesem Grunde fordert Polen eine völlige Auslieferung der Danziger Zollver-waltung an Polen. Polen beansprucht in diesem Antrag für sich auf dem Danziger Gebiet das Recht der Durchführung der polni-schen Zollmaßnahmen, will also Danzig die Zollverwaltung völlig entwenden. U. a. stellt Polen das Verlangen, daß die Danziger Zollbeamten auf Polen vereidigt und Polen unter-stellt werden.

Danziger Regierungsstellen teilen hierzu amtlich mit, daß die polnischen Forderungen jeder rechtlichen Begründung entbehren, da sie gegen die grundlegenden Bestimmungen der Verträge von Versailles, Paris und Warschau verstößen. Der Senat der Freien Stadt Danzig habe bereits alle Schritte vorbereitet, um den polnischen Angriffen zu begegnen.

Brandbomben auf indische Dörfer. 10 Eingeborene getötet.

d Bombay, 12. März.

In diesen Tagen haben mehrere englische Kriegsflug-zeuge in der Nähe der Grenze der Nordostprovinzen Indiens größere Abteilungen von Rothemden und anderen Aufstän-dischen bombardiert, die einen Marsch auf Peschawar unter-nehmen wollten. Mehrere Dörfer im Bajaur-Tal wurden mit Brandbomben belegt. Ueber einem Dorf allein wurden etwa 3½ Tonnen Brandbomben abgeworfen, wodurch der größte Teil des Dorfes in Brand gesetzt und zerstört wurde. Von einem Dorf aus wurde ein Bombenflugzeug beschossen. Der Flieger beantwortete den Angriff mit schwerem Maschinen-gewehrfeuer, durch das zehn Eingeborene getötet und meh-rere verwundet wurden.

Die Internationale Handelskammer zur Schuldenfrage.

k Paris, 12. März.

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat sich sehr eingehend mit der bevorstehenden Lausanner Reparationskonferenz befaßt. Die Vertreter Englands, Frank-reichs, Deutschlands, Italiens, Amerikas, Rumäniens und Schwedens ergriffen das Wort. Alle Redner setzten sich da-für ein, für das Reparations- und Schuldenproblem eine endgültige Grundlage zu finden, die zur Wiederherstellung des Vertrauens führe. Sie forderten ferner eine wirksame Abrüstungspolitik in der Atmosphäre des Friedens, eine nor-male Durchführung der internationalen Kredit-Organisation und eine Verwandlung der bisherigen Isolierungs-Politik in eine solche der internationalen Zusammenarbeit und des internationalen Austausches von Waren, Kapitalien u. s. w. Bei dieser Gelegenheit ergriff auch der amerikanische Ver-treter STRAWN im Namen des amerikanischen Ausschusses der Internationalen Handelskammer das Wort und erklärte, er sei der festen Ueberzeugung, daß das amerikanische Volk sich einer besseren Angleichung der interalliierten Schulden nicht widersetzen würde, wenn die europäischen Regierungen unter sich eine praktische Regelung dieses Problems gefun-den hätten.

„Ich habe den Auftrag, Exzellenz, Ihnen im Namen meiner Regierung nahezu legen, eine Lösung: nur mit friedlichen Mit-teln anzustreben. Uns liegt jede Einmischung in den Streit der Mächte fern, ich möchte jedoch betonen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes in einem möglichen italienisch-französischen Krieg das größte Unglück Europas erblicken müßte. Meine Regierung darf sich dem starken Druck der Volksmehrheit nicht offensichtlich versagen.“

Capponi begehrt auf. „Sie drohen also mit Boykott! Nach englischem Muster! Frankreich ist im Begriff, sich jetzt selbst zu kühlen! Hören Sie nicht den Gang Gottes durch Europa? Das Geschick spielt Ihnen und uns alle Trümpfe in die Hand! Hat sich Ihr tapferes Volk schon so sehr an seine Lasten ge-wöhnt, daß es ohne sie nicht mehr leben will? Unser Bündnis hätte die Franzosen auf die Knie geworfen!“

„Um den Preis eines Krieges!“ erwidert der Deutsche mit Festigkeit. „Denn Frankreich geht eher unter, als daß es unser Diktat annimmt! Der nächste Krieg aber ist gleichbedeutend mit Anarchie, die im günstigsten Fall durch den Bolschewismus abgelöst würde.“

„Der Bolschewismus braucht sich in Europa gar nicht erst zu organisieren, er ist längst da!“ höhnt der Duce. „Die Regierungen tanzen ja schon nach der Musik wildgewordener Massen. Heute kommandiert in Europa der Weltgenosse Léon Brandt samt seiner 'Union'. Warum kapituliert Ihr herrliches Land vor dem Bolschewismus!“

Der Deutsche entgegnet ernst: „Der Bolschewismus ist der tragisch verzerrte Ausdruck einer vielfältigen Menschen-sehnsucht, die zu befridigen leider die Regierenden bisher vergaßen. Eingeschlossen in diese Sehnsucht ist die Abscheu vor dem Mord der Völker, der alle gleichermaßen vernichten muß.“

„Wahrhaftigen Gottes! Ich rufe die Schrecken des Krieges nicht herbei! Aber ich resigniere auch nicht! Der fran-zösische Ministerpräsident hat seit zwei Stunden die von der Volksvertretung bewilligte Mobilmachungssorder in der Tasche. Seit drei Tagen wird drüben heimlich gerüstet. Frankreich hat seine Flieger einberufen, während wir noch mitten in der Verhandlung standen! Und Sie bringen mir jetzt eine War-nung aus Berlin! Italien unterwirft sich nicht dem Diktat der

Pressestimmen zum Wahl-ergebnis.

Aus Deutschland.

„Vorwärts“, Schlagzeile: „HITLER geschlagen!“
„HITLER wird nicht Reichspräsident. Der Faschismus ist mit seinem Versuch, die Staatsgewalt legal zu erobern, ab-geschmettert. Er wird sie nicht legal erobern, und illegal erobern wird er sie erst recht nicht!“

Deutschland hing am Rande des Abgrunds. Sozialdemo-kratISCHE Arbeiterfäuste haben es zurückgerissen!“

„Rote Fahne“:
„Fünf Millionen Proletarier und Werktätige haben gestern in Deutschland für den roten Arbeiterkandidaten ERNST THÄLMANN gestimmt und damit eine große Demon-stration, ein kühnes Bekenntnis zum revolutionären Befreiungs-kampf unter der Führung der Kommunistischen Partei ab-gelobt. Unsere Partei hat 400 000 Stimmen von Arbeitern, Mittelständlern und werktätigen Bauern neugewonnen. Be-sonders bemerkenswert sind die größeren Erfolge unserer Partei in vorwiegend agrarischen Gebieten wie Ostpreußen, Oberbayern und Niederbayern, ein Zeichen unseres zähen Vordringens auf dem Lande.“

Dann folgt „mit bolschewistischer Selbstkritik“ die Fest-stellung, „daß es uns Kommunisten noch nicht gelungen ist, Millionen sozialdemokratischer und gewerkschaftlich organi-sierter Arbeiter von der verlogenen arbeiterfeindlichen Poli-tik des „kleineren Uebels“, von der Abstimmung für HIN-DENBURG wegzureißten.“

Aus England.

Fast durchweg hält man die endgültige Wahl HINDENBURG für gesichert. Nur „Daily Mail“ rechnet noch mit einem scharfen Kampf zwischen ihm und HITLER.

„Daily Telegraph“: Die historische Entscheidung des deut-schen Volkes, von der mindestens soviel abhing wie von den letzten englischen Wahlen, ist richtig gefallen. . . . Mit der Wahl HINDENBURGS habe sich das deutsche Volk für den Kampf gegen Deutschlands Schwierigkeiten auf dem Wege des stetigen Fortschritts und der Selbstaufopferung entschieden.

„Daily Express“: HINDENBURG habe den größten aller seiner Siege errungen. Seine schlechte Persönlichkeit habe über manche Widerwärtigkeiten und Rückschläge, die Deutsch-land während seiner Präsidentschaft erlitten habe, triumphiert.

Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Das Gesamtergebnis der Landtagswahlen, die am Sonntag in Mecklenburg-Strelitz stattfanden, ist folgendes:

	Stimmen	Reichstag 14. 9. 1930	Sitze
Sozialdemokraten	16 166	15 807	10
Hausbesitzer	1 588	—	1
Bürgerliche Mitte	3 035	7 317	1
Nationalsozialisten	14 233	12 846	9
Kommunisten	5 450	7 221	3
Deutschnationale	16 657	8 787	11
Christ.-Soz. Volksdienst	786	915	—

Zu Briands Begräbnis.

k Paris, 12. März.

Mit großem Pomp wurde BRIAND am Sonnabend nachmittag in Paris beerdigt.

Die Leiche dieses Freidenkers und Verfechters der Trennung von Staat und Kirche wurde von dem Pariser Erzbischof eingesegnet.

Am Sarge dieses Staatsmannes, der um den Frieden in Europa gerungen hat, marschierten die fran-zösischen Truppen vorbei, an der Spitze die Kapelle der republikanischen Garde, dann Kavallerie, Kadetten, Infanterie, Mobilgarde und Marine, zum Schluß Kolo-nialtruppen, Beduinen in Burnus und Turban.

Aus der Trauerrede, die TARDIEU dem Kämpfer für eine deutsch-französische Verständigungspolitik hielt:

Straße! In Italien jubelt die Straße mir zu! Niemand kommt auf den Gedanken, mir Knüppel zwischen die Füße zu werfen. Es würde auch keinem gut bekommen! Das sind die Früchte faschistischer Erziehung, Herr Botschafter. Ihre preußischen Könige, wenn sie jetzt aus ihren Grüften aufstünden, würden mir über die Alpen hinweg die Hände reichen! Aber Ihre Regierung zieht es vor, das Banner der Humanität flattern zu lassen und mich mit Boykott zu bedrohen! Ich kämpfe nicht nur für mein Land, ich kämpfe für einen Erdteil. Um Prin-zipe der Menschheit! Soll die Pyramide auf den Kopf gestellt werden? Ich verabscheue die Grimasse des Pöbels. Warum können die Deutschen die furchtbaren Zeichen der Zeit nicht deuten!“

Herr von Richter läßt die Kaskaden des Italieners über sich herschütten, ohne die Fassung zu verlieren. „Die Zeichen der Zeit, Exzellenz, lassen sich verschieden deuten“, sagt er gedankenvoll. „Was nützt Ihnen der edelste Kampf, wenn Sie damit gerade das heraufbeschwören, was Ihre bewunderungs-würdige Energie zu verhindern trachtet? Der kommende Krieg wird alle früheren Kriege in den Schatten stellen. Er mutet den betroffenen Völkern Untragbares zu. Hier — Ew. Exzel-lenz verzeihen gütigst — scheint sich der tragische Knoten zu schürzen!“

„Der Knoten muß durchhauen werden!“
Der Deutsche lächelt skeptisch. „Wir würden alle daran sterben. Die Materie wird den Geist überwältigen.“

Der Duce lacht zornig und zeigt sein starkes Gebiß. „Im Gegenteil! Der Krieg hat die geistige Suprematie über die Materie zu erweisen! Freilich — dazu muß ein Volk jung und opfergläubig sein.“

„Man kann auch sagen: Wer sich mit der Hölle verbindet, verfällt ihr“, antwortet der Deutsche. „Der nächste Krieg ist die Generalabrechnung der Hölle.“

Capponi schlägt mit der Faust an seine Brust. „Ich bin der einzige, der heute sein Volk in Wirklichkeit führt und regiert! Wie ein Felsen überragt Italien den Sumpf eropäischer Demokratien! Wir werden dafür die Früchte ernten.“

Der Botschafter verabschiedet sich. „Ein Sturm von un-erträglicher Wucht kann den stolzesten Baum entwurzeln.“
„Ein Volk, das an sich glaubt, versetzt Berge!“ ruft Cap-poni dem Gehenden nach.

„Wer wagt es, zu behaupten, daß man grundsätz-lich eine andere Politik hätte treiben können als die Poli-tik Frankreichs seit zehn Jahren? BRIAND hat sich zuweilen täuschen können, er hat es selbst nicht be-stritten. Nur diejenigen täuschen sich nicht, die nicht handeln. Aber die allgemeine Linie der Friedenspolitik BRIANDS ist die Frankreichs gewesen. Man findet sie ungebrochen zur Zeit CLEMENCEAUS im Friedensvertrag, zur Zeit HERRIOTS im Genfer Protokoll, zur Zeit BRIANDS im Locarno-Vertrag, heute im Memorandum von 1931 und den Vorschlägen unserer Regierung auf der Gen-fer Konferenz. Ich stelle fest, wie es MAGINOT im ver-gangenen Jahre tat, daß BRIAND im Dienste dieser Poli-tik niemals eine Preisgabe der militärischen Bürg-schaft angeraten oder gewünscht hat. In keinem Augen-blick, wie sehr auch Verhandlungen dadurch hätten er-leichtert werden können, hat er von den Ministern der Landesverteidigung Opfer verlangt. ‚Sicherheit vor allem‘ war sein Leitgedanke, von dem er sich nie ent-fernt hat.“

Die Ehrungen, die man der Leiche BRIANDS hat zu-teil werden lassen, schlagen seinem Werk ins Gesicht.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Freitag, den 18. März, um 20.15 Uhr, in der Gastwirtschaft Krüger, Brun-nenstraße 28 (Eingang Bleichertwiete). Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere näch-sten Aufgaben.

Berlin: Bezirk Lichtenberg, Dienstag, den 15. März, um 20 Uhr, Scharnweberstraße 8a, bei Seifke. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Donnerstag, den 17. März, um 20 Uhr, in Neukölln, Lokal Boß, Allerstraße 40, Ecke Weisestraße. Thema: „Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?“

Bremen: Mittwoch, den 16. März, um 20.15 Uhr, Ver-bandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: Die Lehren des 13. März.

Frankfurt a. M. Mittwoch, den 16. März, um 20.15 Uhr, Volksbildungsheim. Thema: Die Reichspräsidentenwahl — und was nun? Redner: Walter Fliß (Köln).

Hamburg: Dienstag, den 15. März, um 20.15 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Sonabend, den 19. März, um 20.15 Uhr, im Volks-heim Barmbeck, Marschnerstraße 36. Thema: Das Er-gbnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Dienstag, den 22. März, um 20.15 Uhr, im Volks-heim Eimsbüttel, Eichenstraße 61. Thema: Das Er-gbnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Leipzig: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Volksheim, Zeitzer Str. 32. Thema: „Die politische Lage nach dem 13. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft“.

Raschau: (Erzgebirge). Freitag, den 18. März, um 20 Uhr, in der Sporthalle. Thema: „Die politische Lage nach dem 13. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft“.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Burg b. Magdeburg: Donnerstag, 17. März, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer großen öffent-lichen Versammlung in der Zentralhalle, Burg, über das Thema: China und das europäische Proletariat. Freie Aussprache! Eintritt 30 Pf. Für Erwerblose 10 Pf.

Magdeburg: Mittwoch, den 16. März, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer großen öffentlichen Versammlung bei Bleck (früher Luchefeld), Knochenhauerufer 27/28 über das Thema: China und das europäische Proletariat. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerblose 10 Pf.

Er hört die ferne Flügeltür zufallen. Was ist aus den Deutschen geworden! Der Duce ballt erregt die Faust. Wenn die Deutschen wollten, könnten sie den Erdteil beherrschen! Jetzt fürchten sie sich vor dem Sturm, der ihnen unerträglich scheint! Capponi durchmisst die Fäuste auf dem Rücken, den Saal. „Wir werden alle sterben am nächsten Krieg“ . . . Warum stößt der Deutsche seinen Unkenruf aus! . . . „Der Krieg mutet den Völkern Untragbares zu“ . . . So — und Bonaparte hat seinem Volk einst weniger zugemutet? Sind die Franzosen daran gestorben? Lebt es nicht heute noch, dieses halstarrige Frankreich, mit geradezu erschreckender Energie?! Zieht es nicht seine Luftflotte zusammen? Sank-tionieren nicht seine Volksvertreter das kriegerische Rüsten? Was bedeutet dagegen der Friedensphantast Brandt! General-streik? Ein paar hundert Rebellenköpfe werden ins Straßen-pflaster geschossen — Schluß! Und das Volk marschier! Wurden nicht heute vormittag in Mailand fünfzig Rädelführer an die Wand gestellt? Wer wagt noch zu murren in Mailand! . . .

Der Duce steht still, preßt die Fäuste an die Schläfen. Fünfzig italienische Rebellen . . . War das nur die Ouvèrtüre? Wenn morgen wieder hundert Arbeiter die Uniformen vom Leib fetzen? Köpfe ab! Aber wenn es übermorgen drei-hundert sind! Tausend! Zehntausend . . .

Capponi starrt auf die Wandkarte. Dort liegt Paris! Wird Brandt den andern stürzen? Wäre das für Italien überhaupt Gowinn? Würde nicht der neue Herr in Paris dann seine Union-Meute auf Rom hetzen? Boykott aller großen Mächte! England . . . Deutschland . . . Die kleinen Kabinette werden wohl oder übel mit ins Friedenshorn blasen müssen . . . Rom wird seine Schiffe aus Durazzo heimholen . . . Albanien zer-fließt wie ein schöner Traum . . . Wer trägt die wirtschaft-liche Verfernung durch einen Erdteil . . .

Capponi lehnt den Kopf gegen die Wandvertäfelung. Schließt die Augen. Der Deutsche — saust es durch sein Ge-hirn — sieht mich schon als tragische Figur! Wir sterben alle am Krieg . . . alle! Was nützt Ihnen, Exzellenz, der edelste Kampf, wenn Sie damit gerade das heraufbeschwören, was Ihre bewunderungswürdige Energie zu verhindern trachtet . . .

(Fortsetzung folgt.)

Ein Wirtschaftsführer desertiert.

Ivar Kreuger begeht Selbstmord.

IVAR KREUGER (sprich Krüger), der schwedische Zündholzkönig, hat am Sonnabend in Paris Selbstmord begangen. Er hatte kurz zuvor in den Vereinigten Staaten Finanzverhandlungen geführt und bemühte sich nun in Paris um Kredite für seinen Konzern. Dieser brauchte die Kredite nötig. Anscheinend haben sich die Verhandlungen in Paris zerschlagen.

So sehen diese Wirtschaftsführer aus: Solange alles gut geht, vermehren sie mit brutaler Rücksichtslosigkeit Macht und Reichtum. KREUGER besitzt und kontrolliert in vierzig Ländern 150 Zündholzfabriken, in denen 60 000 Arbeiter beschäftigt sind; außerdem besitzt er Grundstücke und Erzvorkommen (erst kürzlich hat er eine angeblich aussichtsreiche Goldmine in Schweden erworben); er ist beteiligt an elektrischen Anlagen, Holz- und Cellulosefabriken. Sein Vermögen wird auf 1,2 Milliarden Mark geschätzt. Er hat zuletzt ein Jahreseinkommen von 2 Millionen Mark versteuert. Er war einer der reichsten Männer der Erde; viele hielten ihn für den reichsten Mann überhaupt.

KREUGER war in mancher Beziehung eine sympathischere Gestalt als andere Wirtschaftsführer. Als Zwanzigjähriger ging er mit 100 Dollar in der Tasche nach den USA und erwarb sich dort bald einen sehr guten Ruf als Ingenieur. Er war Spezialist für Stahlbauten. 1907 gründete er in Schweden zusammen mit einem Teilhaber das Bauunternehmen KREUGER & TOLL. Erst seit 1913 wandte er sich der Zündholzindustrie zu (sein Vater besaß eine kleine Zündholzfabrik in Schweden) und baute den die ganze Erde umfassenden Zündholztrust auf. Er war arbeitsam und schweigsam, er lebte abstinent. Er blieb Junggeselle und vermied es streng, persönlich öffentlich hervorzutreten.

Sein Konzern ist vor allem dadurch in Schwierigkeiten gekommen, daß KREUGER einen großen Teil seiner Mittel in Staatsanleihen festgelegt hat, die er an solche Staaten gegeben hat, die ihm das Zündholzmonopol einräumten. (Das deutsche Reich hat unter dieser Bedingung 1929 von ihm eine Anleihe von 500 Millionen Mark erhalten.) Diese Staatsanleihen zu verkaufen und dadurch flüssige Mittel zu beschaffen, ist zur Zeit fast unmöglich. Im letzten Geschäftsbericht hat die Stammfirma KREUGER & TOLL den Notenbanken den Rat gegeben, Staatsanleihen in stärkerem Maße

als bisher zu beleihen; es ist klar, dieser Rat wurde nicht gegeben, um den Notenbanken, sondern um den KREUGER-Konzern zu helfen.

Je größer der Konzern wurde, um so schwerer war es natürlich für den unbeschränkten Konzernbeherrscher IVAR KREUGER, das Riesengebilde richtig zu leiten. Die Krisenschwierigkeiten waren auch aus diesem Grunde besonders schwer zu überwinden.

Führereigenschaften erweisen sich gerade dann, wenn die Lage schwierig ist. Daß die Lage für den KREUGER-Konzern infolge der Wirtschaftskrise immer schwieriger wurde, ist unbestritten. Die Börsenkurse haben das auch deutlich angezeigt. In Amsterdam notierten die Aktien der Firma KREUGER & TOLL

am 1. Juli 1931	421
am 1. März 1932	120
am 11. März 1932	105

In London war der Höchstkurs von 1930 für Aktien Svenska Tändsticks 17^{1/2} sh. Sie notierten

am 1. Juli 1931	11 ^{1/2} sh
am 1. März 1932	5 ^{1/2} sh
am 11. März 1932	4 ^{1/2} sh

Alles zu tun, um die schwierige Lage zu meistern, gerade das wäre die Aufgabe eines wirklichen Wirtschaftsführers gewesen. Da hat KREUGER versagt und ist aus dem Leben desertiert.

Einer der Direktoren des KREUGER-Konzerns, FARANDER, erlag einem Herzschlag, als er die Nachricht vom Selbstmord KREUGERS erfuhr.

KREUGER war so vorsichtig, nicht an einem Börsentag Selbstmord zu begehen. Wenn die Nachricht von seinem Selbstmord während des Börsengeschäfts bekannt geworden wäre, hätte das sicher eine Panik ausgelöst. Der schwedische Reichstag ist einberufen worden, um noch vor Montag früh ein Moratorium (einen Zahlungsaufschub) von einem Monat für alle Unternehmungen zu beschließen, die durch den Tod IVAR KREUGERS betroffen werden könnten.

Der Börsenvorstand der Stockholmer Wertpapierbörse hat in der Nacht zu Montag beschlossen, die Börse bis auf weiteres geschlossen zu halten. Rpt.

Es gibt noch gutgehende Unternehmen.

7. Liste.

	Dividende auf das Stammkapital	
	1931	1932
	(in Prozenten)	
Elektrizitäts-Konzern Asea (Schweden)	7	7
Baumwoll-Feinspinnerei (Augsburg)	7	7
Brauerei „Zur Eiche“ (Kiel)	10	7
Societätsbrauerei Waldschlöbchen (Dresden)	12	7
Kunstanstalten May AG (Dresden)	12 ^{1/2}	7*
Kunstmühle Tivoli (München)	8	8*
Eisenwerk (v. Nagel & Kämp) AG (Hamburg)	8	8*
Cork Gas Consumers' (Ireland)	8	8
Stettiner Elektrizitätswerk	9	8*
Schweiz. Ges. f. elektr. Industrie AG (Basel)	10	8
Gebr. Goodhart AG (Düsseldorf)	12	8*
Bournemouth Gas & Water (England)	9	9
East Worcestershire Waterworks (England)	9	9
Glückauf-Brauerei AG (Gelsenkirchen)	10	10
Preß- und Walzwerk AG (Düsseldorf)	10	10
AG f. In- und Auslandsunternehmen (Hamburg)	10	10
Niederlausitzer Kohlenwerke (Berlin)	10	10
Gosch & Co., Streichholzfabrik AG (Dänemark)	10	10
Deutsche Jürgens-Werke AG (Hamburg)	10	10*
Northampton Electric Light (England)	10	10
North Metropolitan Electric (England)	10	10
Oakey (John) & Sons (England)	10	10
Hofbrauhaus Hanau AG (Hanau/Main)	15	10*
Imperial Hydrophatic (England)	15	10
Dittersdorfer Filz- und Kratzentuchfabrik	16	10*
Dortmunder Ritterbrauerei AG (Dortmund)	20	10*
Meux's Brauerei-Ges. (England)	15	11
Chiswick Electric Supply (England)	10 ^{1/2}	11
Wollwäscherei und -kammerie (Döhren)	12	12
Elektrizitätswerk Eisenach	15	15*
British Waggon Company (England)	15	15
Gerar Strickgarnfabrik Gebr. Feistkorn A. G.	16	16*
Bent's Brauerei-Ges. (England)	16 ^{1/2}	16 ^{1/2} *
Octagon Brauerei (England)	18 ^{1/2}	16 ^{1/2} *
Sears & Co. (Warenhaus, England)	22 ^{1/2}	20
Ewart & Son (England)	36	25
Accumulatorenfabrik AG (Berlin)	12	37*
Freeman, Hardy & Willis (Warenhaus, England)	55	50

* Vorgeschlagen.

Das Versiegen der internationalen Kapitalmärkte.

In der nachstehenden Tabelle ist zusammengestellt, für wieviel Millionen Mark in den U.S.A., Großbritannien, Holland und der Schweiz ausländische Wertpapiere ausgegeben worden sind. Die Zahlen sind ein Maßstab dafür, in welchem Umfang Kapitalisten bereit waren, ausländische Unternehmungen und öffentliche Körperschaften zu finanzieren.

	1927	1928	1929	1930	1931
1. Vierteljahr	2184,8	2670,7	2455,3	2064,4	1168,2
2. Vierteljahr	2361,2	3169,4	1567,8	3053,4	711,9
3. Vierteljahr	1921,0	1862,6	553,5	773,6	286,2
4. Vierteljahr	3705,5	1622,2	818,8	1275,5	1,9

(Aus den „Vierteljahrsheften für Konjunkturforschung“, 6. Jahrgang, Heft 1.)

Alkohol oder Siedlung?

Einem Flugblatt des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur entnehmen wir:

Es ist Tatsache, daß der Bierverbrauch seit dem Kriegende ständig gestiegen ist. Im Jahre 1917/18 kamen auf den Kopf der Bevölkerung je 35 Liter, 1927/28 je 81 Liter. 1929/30 je 90 Liter. Trotz der zunehmenden Verarmung betrug der Verbrauch auch im Jahre 1930/31 noch 75 Liter je Kopf.

Es ist Tatsache, daß das deutsche Volk innerhalb der letzten sieben Jahre 30 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben hat. Es ist also Tatsache, daß wir unsere Industrie und Wirtschaft zu einem großen Teil aus eigenen Mitteln hätten aufbauen können, wenn wir dieses gewaltige Kapital für nützliche Waren und Güter angelegt hätten.

Es ist Tatsache, daß wir noch im letzten Notjahr 1930/31 nahezu vier Milliarden (nämlich 3 941 000 000) Mark für alkoholische Getränke ausgegeben haben, d. h., an jedem Tage 10 800 000 Mark, in jeder Minute 7500 Mark. Diese Riesensumme hat keine bleibenden Werte geschaffen, denn Wein, Bier, Branntwein und Likör sind nicht notwendige Nahrungsmittel, sondern überflüssige und schädliche Genußmittel.

Es ist Tatsache, daß von dieser in jeder Minute verschwendeten Summe von 7500 Mark drei Siedlungsstellen im Werte von je 2500 Mark hätten geschaffen werden können, daß also auch heute noch Mittel zu großzügiger Siedlungsarbeit sehr wohl aufgebracht werden könnten, wenn sie nicht vertrunken würden. Die Hälfte der vertrunkenen Summe würde ausreichen zur Herstellung von 800 000 Siedlungsstellen — das wäre eine lebensrettende Tat!

2500 Mark werden zur Errichtung einer Siedlungsstelle im allgemeinen nicht ausreichen. Aber selbst wenn wir das Zweieinhalbfache ansetzen, könnten immerhin mit der Hälfte des vertrunkenen Geldes jährlich mehr als 300 000 Siedlungsstellen errichtet werden. — Dies als Antwort an alle diejenigen, die Siedlung für „gut und schön“, aber in dieser Krisenzeit für unerschwinglich halten.

Das Handwerk lebt noch!

In der Öffentlichkeit ist bekanntlich soviel von Getreide und Getreidepreisen die Rede, daß die weitesten Kreise irrthümlicher Weise glauben, Getreide sei das Hauptprodukt, das die deutschen Landwirte auf den Markt bringen. Ähnlich wird in der Öffentlichkeit immer wieder von großen und größten Unternehmungen berichtet, und darüber wird vergessen, daß das Handwerk in Deutschland noch immer eine sehr bedeutende Rolle spielt. Dafür einige Zahlen:

Nach der Vermögenssteuerbewertung von 1928 waren 426 000 Handwerksbetriebe mit insgesamt 5,8 Milliarden Mark zur Vermögenssteuer veranlagt. Auf den Betrieb entfallen also 13 600 Mark.

Nach der Einkommensteuerstatistik für 1928 beliefen sich die gewerblichen Einkommen selbständiger Handwerker auf rund 3,9 Milliarden Mark. Auf den Handwerker entfielen im Durchschnitt 3300 Mark.

Die Umsatzsteuerstatistik für 1927 ergibt: Bei 1 250 000 veranlagten Handwerkern machten die Umsätze 22,3 Milliarden Mark aus. Dabei stehen Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 7,8 Milliarden Mark an erster, das Bau- und Baugewerbe mit 3,8 Milliarden Mark an zweiter Stelle. H. H.

Die Avi-Rückvergütungen.

Schwerindustrie gegen Klein- und Mittelbetriebe.

Der Streit um die Neuregelung des Avi-Abkommens, auf Grund dessen die deutschen Exporteure von Eisenwaren ihren Rohstoff, das Eisen, billiger als zum Inlandspreis erhalten, geht weiter. Als Antwort auf Zeitungsartikel, die über den Streitfall erschienen sind und sich zum Teil scharf gegen die eisenschaffende Industrie richten, hat diese eine neue Erklärung veröffentlicht, in der sie „die Sache objektiv darstellen“ will. In dieser Erklärung vertritt sie die Ansicht, sie brauche nicht mehr als den Zoll in Höhe von 25 Mark pro Tonne Stabeisen als Rückvergütung auf den Inlandspreis zu zahlen. Die folgende Berechnung zeigt, wie die eisenerzeugende Industrie durch eine solche Regelung belastet werden würde (Angaben in Mark pro Tonne Stabeisen):

Inlandspreis	110,—
— Zoll	25,—
Von Eisenerzeugern vorgeschlagener Eisenpreis für Exporteure von Eisenwaren	85,—
Weltmarktpreis	54,29
Unterschied	30,71

Wenn die Frage so gelöst wird, muß also die deutsche eisenerzeugende Industrie 30,71 Mark mehr für die Tonne Stabeisen zahlen, als der Weltmarktpreis beträgt. Allerdings behauptet die Rohstahl-Gemeinschaft, daß auch die wichtigsten ausländischen Konkurrenten mindestens so viel bezahlen.

Wie wir schon in Nr. 53 darlegten, deckt auch heute die Avi-Rückvergütung nicht den Unterschied zwischen Inlands- und Weltmarktpreis:

Der Preisunterschied beträgt	55,71 Mark,
die Vergütung nur	26,80 Mark.

Trotzdem behauptet die eisenschaffende Industrie in der erwähnten Erklärung: „Es handelt sich hier um eine gegenseitige Hilfe, bei der die eisenschaffende Industrie der zahlende Teil bleibt.“

Bei den Verhandlungen zur Regelung der Streitfrage forderte die eisenschaffende Industrie am 9. März, daß lediglich Firmen, die für Ausfuhrzwecke jährlich mehr als 48 Tonnen Eisen verbrauchen, Anspruch auf Rückvergütungen haben sollen.

Die eisenerzeugende Industrie behauptet, daß hiervon etwa 50 Prozent des Exports betroffen würde, während die eisenerzeugende Industrie erklärt, daß es sich wertmäßig um etwa 5 Prozent der im Jahre 1930 gezahlten Rückvergütungen handele. Die eisenerzeugende Industrie sagt, daß durch eine Regelung, wie die Rohstahl-Gemeinschaft sie vorschlägt, die kleinen und mittleren Betriebe völlig bankrott gehen würden, und wir glauben, daß wir ihnen dies glauben können.

Die genannten Forderungen der Eisenerzeuger haben zum Abbruch der Verhandlungen geführt. Die eisenerzeugende Industrie wird versuchen, auf dem Klagewege die Weiterzahlung der Rückvergütungen zu erzwingen.

Daß der deutsche Inlandspreis für Eisen weit mehr über dem Weltmarktpreis liegt, als der Zoll ausmacht, liegt daran, daß die Internationale Rohstahl-Gemeinschaft und die deutschen Kartelle die freie Eiseneinfuhr nach Deutschland unterbinden. Eisen, das über die Grenze kommt, wird, von Ausnahmen abgesehen, zu Kartellbedingungen verkauft. Die Aufhebung der Kartelle würde also die Avi-Rückvergütungen weitgehend überflüssig machen. Wenn man sich noch die Zölle herabgesetzt hätte, wäre nicht nur der Streit zwischen der eisenschaffenden und der eisenerzeugenden Industrie aus der Welt geschafft, sondern damit wäre auch ein wichtiger Schritt zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise getan.

H. H.

Kosten und Beschäftigungsgrad.

In einer Ziegelei kostet dieselbe Menge Ziegel:
bei voller Ausnutzung des Betriebs 21 Mark
bei Ausnutzung des Betriebs zu 50 % 28 Mark
bei Ausnutzung des Betriebs zu 25 % 40 Mark
(Nach Angaben von Stadtbaurat WAGNER, Berlin.)

HOLLAND

Die Kolonialcutts: Die Ueberschüsse der in Niederländisch-Indien bestehenden Unternehmungen betragen mindestens 840 Millionen Mark jährlich, davon kommen etwa zwei Drittel auf holländische Unternehmungen. (Schätzung der New York Trust Co, einer amerikanischen Großbank.)

Arbeitslosigkeit: Bei den Arbeitämtern waren Ende 1931 (neue Ziffern liegen noch nicht vor) 246 000 Personen als vollkommen arbeitslos eingeschrieben (Ende 1930: 136 000).

Eine neue Form der Subvention: Die Amsterdamer Diamantenindustrie hat Arbeiten ins Ausland, vor allem nach Belgien, vergeben wegen der dort niedrigeren Löhne. Die Unternehmer sollen den Amsterdamer Diamantenarbeitern künftig die gleichen Löhne zahlen, die in den Konkurrenzländern gelten; der Staat wird dazu einen Zuschlag aus den bisher an die Arbeitslosen gezahlten Unterstützungsbeiträgen bezahlen.

Konkurrenz Auto-Eisenbahn: Da die Staatsbahn ihre Frachttarife nicht ermäßigt hat, befördern die niederländischen Staatsgruben Kohlen und Koks mit Lastautos nach dem Verschiffungshafen in Maasricht.

Außenhandel: Im Februar war die Einfuhr kleiner als im Januar (110 gegen 131 Millionen Gulden), die Ausfuhr größer als im Januar (75 gegen 70 Millionen Gulden).

ENGLAND

Die Einkünfte aus den Zöllen, die dem englischen Schatzamt durch das Zollgesetz zufließen, werden auf weniger als 30 Millionen Pfund geschätzt.

Eisenbahnen: Die Gesamteinnahmen der vier großen englischen Eisenbahngesellschaften sind von 173 000 Pfund im Jahre 1930 auf 158 000 Pfund im Jahre 1931, also verhältnismäßig wenig zurückgegangen.

Versicherung: Die Prudential Assurance Company Ltd., die größte englische Versicherung, hat im Jahre 1931 Versicherungen für 86 Millionen Pfund abgeschlossen, gegenüber nur 84 Millionen Pfund im Vorjahr. — Die Anzahl von Lebensversicherungsverträgen, die mit dieser Gesellschaft abgeschlossen sind, übersteigt 28 Millionen, ist also größer als die Hälfte der Bevölkerung Englands! —

Die Bilanzabschlüsse von 11 großen englischen Elektrizitätswerken zeigen einen Gewinnrückgang von 2 108 000 Pfund im Jahre 1930 auf 2 056 000 Pfund im Jahre 1931. Von diesen 11 Gesellschaften haben nur 2 ihre Dividende überhaupt verringert, und auch diese nur um je 1 Prozent.

Das Ergebnis in den Wahlkreisen.

(Zahlen in Klammern — Vergleichszahlen von 1930.)

1. Wahlkreis Ostpreußen.

Duesterberg	133 246	(205 788)
Hindenburg	509 786	
Hitler	102 189	(236 507)
Thälmann	116 444	(124 375)

2. Wahlkreis Berlin.

Duesterberg	90 701	(145 082)
Hindenburg	558 771	
Hitler	247 247	(158 257)
Thälmann	370 965	(108 646)

3. Wahlkreis Potsdam II.

Duesterberg	116 789	(164 178)
Hindenburg	565 396	
Hitler	326 087	(184 037)
Thälmann	205 112	(217 950)
Winter	3 009	

4. Wahlkreis Potsdam I.

Duesterberg	132 680	(159 500)
Hindenburg	506 276	
Hitler	374 415	(215 933)
Thälmann	229 676	(230 806)

5. Wahlkreis Frankfurt a. d. Oder.

Duesterberg	119 938	(119 086)
Hindenburg	409 403	
Hitler	338 046	(204 593)
Thälmann	81 521	(84 268)
Winter	2 391	

6. Wahlkreis Pommern.

Duesterberg	193 386	(212 720)
Hindenburg	360 980	
Hitler	391 450	(287 080)
Thälmann	94 322	(85 955)

7. Wahlkreis Breslau.

Duesterberg	181 687	(95 276)
Hindenburg	541 869	
Hitler	403 269	(239 227)
Thälmann	96 862	(83 133)

8. Wahlkreis Liegnitz.

Duesterberg	62 839	(58 549)
Hindenburg	338 027	
Hitler	275 084	(142 173)
Thälmann	46 741	(41 447)
Winter	2 125	

9. Wahlkreis Oppeln.

Duesterberg	54 653	(101 568)
Hindenburg	369 841	
Hitler	185 300	(63 565)
Thälmann	102 699	(110 633)
Winter	1 636	

10. Wahlkreis Magdeburg.

Duesterberg	99 007	(73 729)
Hindenburg	471 019	
Hitler	351 029	(191 398)
Thälmann	107 417	(98 389)
Winter	2 284	

11. Wahlkreis Merseburg.

Duesterberg	103 542	(65 413)
Hindenburg	286 719	
Hitler	273 708	(168 677)
Thälmann	201 378	(205 574)
Winter	2 354	

12. Wahlkreis Thüringen.

Duesterberg	168 332	(54 283)
Hindenburg	507 859	
Hitler	450 589	(244 121)
Thälmann	246 606	(192 259)
Winter	3 025	

13. Wahlkreis Schleswig-Holstein.

Duesterberg	61 888	(34 569)
Hindenburg	393 323	
Hitler	417 861	(240 288)
Thälmann	100 250	(94 329)

14. Wahlkreis Weser-Ems.

Duesterberg	81 835	(53 695)
Hindenburg	487 435	
Hitler	271 504	(166 117)
Thälmann	70 176	(60 853)
Winter	2 851	

15. Wahlkreis Ostthannover.

Duesterberg	77 718	(46 217)
Hindenburg	352 300	
Hitler	240 658	(118 672)
Thälmann	19 115	(43 072)
Winter	2 646	

16. Wahlkreis Südhannover-Braunschweig.

Duesterberg	71 370	(61 938)
Hindenburg	602 056	
Hitler	168 581	(283 430)
Thälmann	57 829	(63 764)

17. Wahlkreis Westfalen-Nord.

Duesterberg	75 534	(79 015)
Hindenburg	863 344	
Hitler	318 607	(161 993)
Thälmann	173 943	(132 475)
Winter	3 031	

18. Wahlkreis Westfalen-Süd.

Duesterberg	64 385	(54 613)
Hindenburg	789 769	
Hitler	363 263	(193 466)
Thälmann	279 441	(239 663)

19. Wahlkreis Hessen-Nassau.

Duesterberg	63 011	(44 554)
Hindenburg	737 225	
Hitler	510 686	(284 986)
Thälmann	167 171	(137 148)
Winter	2 713	

20. Wahlkreis Köln-Aachen.

Duesterberg	31 909	(34 816)
Hindenburg	819 834	
Hitler	215 349	(169 510)
Thälmann	182 786	(169 137)

21. Wahlkreis Koblenz-Trier.

Duesterberg	52 859	(29 242)
Hindenburg	420 415	
Hitler	153 586	(94 137)
Thälmann	52 185	(40 148)

22. Wahlkreis Düsseldorf-Ost.

Duesterberg	47 276	(59 421)
Hindenburg	594 208	
Hitler	334 722	(210 162)
Thälmann	319 808	(321 294)
Winter	3 213	

23. Wahlkreis Düsseldorf-West.

Duesterberg	54 391	(59 010)
Hindenburg	564 403	
Hitler	262 691	(168 784)
Thälmann	190 023	(176 116)

24. Wahlkreis Oberbayern-Schwaben.

Duesterberg	22 629	(31 498)
Hindenburg	687 161	
Hitler	264 815	(218 326)
Thälmann	59 898	(82 172)

25. Wahlkreis Niederbayern.

Duesterberg	8 372	(8 093)
Hindenburg	478 620	
Hitler	150 660	(72 159)
Thälmann	42 787	(28 431)
Winter	2 159	

26. Wahlkreis Franken.

Duesterberg	61 978	(31 833)
Hindenburg	812 458	
Hitler	558 246	(281 118)
Thälmann	89 128	(65 122)
Winter	2 513	

27. Wahlkreis Pfalz.

Duesterberg	11 900	(3 628)
Hindenburg	252 497	
Hitler	196 134	(106 325)
Thälmann	53 365	(48 994)
Winter	963	

28. Wahlkreis Dresden-Bautzen.

Duesterberg	77 416	(55 786)
Hindenburg	625 874	
Hitler	342 989	(180 530)
Thälmann	148 416	(139 556)
Winter	7 347	

29. Wahlkreis Leipzig.

Duesterberg	36 412	(30 727)
Hindenburg	455 279	
Hitler	237 665	(115 987)
Thälmann	146 001	(142 251)
Winter	3 918	

30. Wahlkreis Chemnitz-Zwickau.

Duesterberg	53 633	(49 716)
Hindenburg	410 310	
Hitler	187 870	(264 854)
Thälmann	236 093	(204 959)
Winter	3 574	

31. Wahlkreis Württemberg.

Duesterberg	88 959	(55 202)
Hindenburg	850 458	
Hitler	369 718	(131 683)
Thälmann	145 142	(131 735)
Winter	3 726	

32. Wahlkreis Baden.

Duesterberg	28 546	(32 688)
Hindenburg	720 412	
Hitler	385 505	(226 653)
Thälmann	148 826	(112 975)
Winter	2 910	

33. Wahlkreis Heinen-Darmstadt.

Duesterberg	16 185	(11 901)
Hindenburg	428 336	
Hitler	280 193	(137 962)
Thälmann	103 515	(61 499)

34. Wahlkreis Hamburg.

Duesterberg	37 969	(31 876)
Hindenburg	446 091	
Hitler	200 120	(144 684)
Thälmann	123 908	(135 279)
Winter	8 212	

35. Wahlkreis Mecklenburg.

Duesterberg	61 232	(53 059)
Hindenburg	240 321	
Hitler	181 432	(100 244)
Thälmann	45 442	(42 738)

Es fehlt das Resultat von 50 kleinen ländlichen Bezirken.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(62. Fortsetzung.)

Vor den Augen des Alter schwillt der Schatten des Gegners zu unheimlichen Dimensionen an. Wer befiehlt in Frankreich? Saint Brice, auf schimmernde Gewehre gestützt, oder der andre, den er vorhin in der Kammer mit Kain verglichen hat! Neun Millionen marschieren hinter ihm her!

„Erschießen! Ausrotten!“ — pulst es im Gehirn des Greises. Er sinkt ermattet in seinen Lehnstuhl. Nein, der Schuß, der Brandts Herz traf, wäre das Signal zum Bürgerkrieg. Neun Millionen würden Rechenschaft fordern! Bleibt also nur die Unterwerfung...? Wem unterwerfen? Dem äußeren Feind Capponi? Der schon an die Tore Frankreichs pocht! Oder Kain, der seinen neun Millionen voranzieht...?

Der schmale Kopf des Ministerpräsidenten fällt gequält in die aufgestützten Hände.

Der Verlauf der französischen Kammersitzung hatte sich mit Windeseile durch alle Länder verbreitet. Schon halb zwölf Uhr vormittags lagen den Kabinetten die ersten Funkberichte vor. Frankreich zum Krieg bereit! — das war der allgemeine Eindruck. Die Bestürzung war ungeheuer.

Entschlossen drahtete London nach Paris, Rom und Belgrad, daß England jeden Friedensbrecher mit Boykott strafen würde. Berlin zögerte, so sehr auch die „Union“ drängte. Der Reichskanzler begnügte sich mit einer vorsichtigen Warnung an die beteiligten Mächte. Er wollte sich nicht festlegen, ehe der Kampf in Paris entschieden war.

Ebenso zaudernd verfuhr man in Brüssel, Kopenhagen, Madrid und in den übrigen Hauptstädten. In Warschau lagen die Dinge weit ernster. Zweitausend Arbeiter waren vor das

Palais ihres Diktators gezogen und hatten die unverzügliche Boykottandrohung gegen die streitenden Mächte gefordert. Der polnische Diktator ließ seine Antwort durch Maschinengewehre erteilen. Mehr als dreihundert Demonstranten wurden getötet. Warschau geriet in tobende Wallung. Aber der Staat umklammerte die Kehlen derer, die aufzuschreien versuchten, mit blutigem Griff. Die Minderheiten in Polen witterten Morgenluft. Die Deutschen zeigten heimliche Resistenz in Erinnerung an frühere polnische Freundlichkeiten. In Lemberg mußte ein Aufruhr der Ukrainer brutal zusammengeschossen werden. In Wilna machten die Litauer Mieno zu rebellieren. Kommunistische Agitatoren krochen aus allen Winkeln der Städte und Dörfer.

Seit dem Mittag geht der Duce zornig in seinem Arbeitssaal auf und ab. Am Tisch steht der Generalstabschef.

„Woher nehmen die Franzosen plötzlich ihre Energie? Die Kammersitzung ist eine unerhörte Brückierung für uns! Der Friedensapostel Brandt ist in Acht und Bann getan. Und mit dem Sieg dieses Mannes hatte ich gerechnet! Jetzt verlangen Sie von mir, General, daß ich das Dekret zur Mobilmachung unterschreibe...!“

„Mit einer heimlichen Mobilmachung können wohl die ersten notdürftigen Schritte eingeleitet werden; um aber ein ganzes Volk in den Zustand materieller und moralischer Kriegsbereitschaft zu setzen...!“

Capponi unterbricht ungeduldig den General. „Ich werde mich hüten, vor aller Welt den Angreifer zu spielen! Bitte, hier liegt die Londoner Depesche! Die Krämerseelen drohen mit Boykott, wenn ich zuerst das blanke Schwert zeige! Es soll mich gar nicht wundern, wenn Berlin jetzt mit den gleichen moralischen Floskeln kommt! Es gibt überhaupt keine Regierungen mehr in Europa! Alle sind nur noch Herrscher von Pöbels Gnaden. Wie kann man da sichere Berechnungen machen! Auf wen ist Verlaß? Was sind Bündnisse? Der deutsche Reichskanzler versichert mich fortgesetzt seiner Freundschaft, aber in zehn Minuten bekomme ich vielleicht das Telegramm, daß die Gewerkschaften ihm das Genick gebrochen haben. Ich kann mir nicht den Pöbel eines ganzen Erdteils auf den Hals laden. Das müssen Sie einschauen, General. Die Mobilmachung wird wie bisher mit un-

verminderter Kraft fortgesetzt, ohne offizielle Verkündung. Wie Sie das machen, lieber General, ist Ihre Sache. Frankreich bedient sich derselben Methoden, wir können also nicht überflügelt werden. Das amtliche Wort Krieg oder Mobilmachung muß zuerst von den Parisern ausgesprochen werden. Wir sprechen es dann nach. Das heißt dann „Notwehr!“ Die europäische Psyche verlangt nun einmal diese blöde und kindische Haarspalterei. Aber auch Blödsinn ist eine Tatsache, die man in seine Rechnung einstellen muß...“

Das Telephon läutet in die Zornflut des Duce hinein. Er schluckt die Worte, die im Draht nach seiner Ohrmuschel zirpen, gierig ein. Sein Gesicht beginnt plötzlich seltsam zu leuchten. Der General tritt unwillkürlich näher, den Kopf vorgestreckt, um auch ein paar Brocken mit aufzuschmeißen. Da wirft Capponi schon den Hörer auf die Gabel zurück:

„Sehen Sie, General! Darauf hab ich gewartet!“ Er funkelt voller Triumph den Generalstabschef an. „In Paris ist Generalstreik!“

Der Offizier steht mit geblähten Nasenflügeln. „Wenn die Meldung tatsächlich stimmt...“

„Sie stimmt! Sie kommt aus einer befreundeten Botschaft! Dieser Leon Brandt ist einfach unbezahlbar für uns! Generalstreik! Das bedeutet fünfzig Prozent Verlust auf der Feindseite! Wenn nicht hundert Prozent! Jetzt werde ich mich noch weniger beeilen, durch offizielle Mobilmachung die Welt gegen uns einzunehmen...“

Der deutsche Botschafter wird gemeldet. Der General geht ab, der Deutsche tritt ein.

„Wissen Sie es schon, Herr Botschafter?“ empfängt ihn der Duce strahlend. „In Paris ist der Generalstreik proklamiert!“

Herr von Richter horcht auf. „Vorausgesetzt, daß es sich um kein leeres Gerücht handelt...“

„Ausgeschlossen, Herr Botschafter. Bitte, die Franzosen nehmen uns die schwerste Arbeit ab! Ich will nicht hoffen, daß sich Ihre Regierung gerade in diesem Augenblick zu halben Maßnahmen entschließt!“ Seine Augen bohren sich in das Gesicht des Deutschen.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferungs-
schwierigkeiten höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.
Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise
nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5999.
Postcheckkonto Berlin Nr 8046 (Internationale Verlagsanstalt) G. m. b. H.

NUMMER 64 A BERLIN • Mittwoch, den 16 März 1932 1 JAHRGANG

Hugenberg der Geschäftsmann.

Witz oder Unverschämtheit? — Der Aufrechte. — Der verarmte nationale Teil.

Der bereits gestern von uns mitgeteilte Vorschlag HUGENBERGS, durch ein Gesetz zu beschließen, daß der erste Wahlgang als zweiter gelten solle, bekommt seine Pointe erst dadurch, daß er mit der Bedingung verknüpft war, es sollten Reichstagswahlen ausgeschrieben werden; unter dieser Bedingung sei HUGENBERG bereit, auf einen zweiten Wahlgang zu „verzichten“.

Dieser Vorschlag ist ein Witz. Denn HUGENBERG kann mit den DUESTERBERG-Stimmen weder auf BRÜNING noch auf HITLER einen Druck ausüben. Die „Germania“

stellt denn auch fest, daß „das Angebot, das er jetzt gnädig für etwaige Reichstagsneuwahlen einhandeln will, jeden Tauschwert verloren“ habe. Es ist ebenfalls ein Witz — ein ebenso schlechter wie der Vorschlag selber —, wenn der „Tag“ das Angebot HUGENBERGS als das „eines deutschen aufrechten Mannes“ feiert, dessen „ritterlicher Sinn“ darin bestehe, nicht noch einmal „die Ueberlegenheit von Geldmitteln eines dem Staate nahestehenden Reklame-Apparates gegen die Verarmung des nationalen Teiles der Bevölkerung aufreizend“ für den Namen „HINDENBURG“ einzusetzen.

Verfassungstreit vor dem Staatsgerichtshof.

Um die Wahl der Minister.

Leipzig, 14. März 1932.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bruns in die Verfassungstreitklage der deutschnationalen Fraktion im Preussischen Landtag gegen das Land Preußen und gegen das Preussische Staatsministerium auf Erklärung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 12. September 1931 über Aenderungen von Besoldungsgesetzen und Aenderung des Landeswahlgesetzes eingetreten. Wie der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes einleitend bemerkte, steht der Staatsgerichtshof in dieser Angelegenheit vor zwei verschiedenen außerordentlich schwierigen und schwerwiegenden Entscheidungen. Einmal handelt es sich darum, zu entscheiden, wie der Begriff „wohlerworbene Rechte der Beamten“ auszulegen ist, und zum anderen

handelt es sich darum, zu entscheiden, ob die preussische Regierung berechtigt war, auf Grund einer Sparnotverordnung des Reichspräsidenten den Wahlkoeffizienten in Preußen von bisher 40 000 auf 60 000 heraufzusetzen. Insbesondere die letztere Frage hat der Staatsgerichtshof für wichtig und dringlich. Sie müsse unter allen Umständen jetzt und im Anschluß an diese Sitzung entschieden werden, und zwar im Hinblick auf die in Preußen bevorstehenden Landtagswahlen. Die Deutschnationale Volkspartei in Preußen ist vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. SEELMANN-Eggebert. Ihm ist beigegeben Professor JELLINECK-Breslau.

Preussische Landtagswahl am 24. April.

Im Einvernehmen mit der preussischen Regierung hat der Ständige Ausschuß des Preussischen Landtags die Landtagswahl auf den 24. April festgesetzt.

Wie hat Berlin gewählt?

Berlin, 14. März 1932.

Die Vergleichszahlen (Reichstagswahl 1930) setzen sich bei den einzelnen Kandidaten aus den Stimmen folgender Parteien zusammen:

	Duesterberg		Hindenburg		Hitler		Thälmann		Winter
Mitte	13 906	(23 425)	78 922	(72 824)	40 284	(26 359)	47 574	(52 872)	610
Tiergarten	17 944	(27 102)	81 826	(74 585)	42 766	(28 805)	35 626	(39 917)	539
Wedding	12 254	(20 015)	96 886	(88 940)	35 843	(20 758)	90 215	(99 238)	818
Prenzl. Berg	14 967	(23 670)	100 318	(91 685)	40 850	(24 908)	61 938	(67 098)	754
Friedrichshain	12 289	(19 648)	92 554	(84 893)	36 641	(24 461)	72 582	(8 178)	912
Kreuzberg	19 530	(31 486)	109 781	(103 172)	51 832	(33 758)	64 140	(70 400)	990
Charlottenburg	21 043	(31 803)	113 478	(102 616)	61 068	(39 789)	34 335	(39 042)	516
Spandau	5 788	(10 377)	44 908	(42 270)	24 886	(12 283)	16 249	(16 432)	138
Wilmerdorf	16 092	(23 419)	70 643	(60 139)	39 008	(22 124)	10 106	(11 071)	254
Zehlendorf	6 280	(7 429)	20 900	(18 539)	12 746	(6 207)	2 881	(2 593)	44
Schöneberg	18 290	(27 124)	74 129	(68 091)	45 597	(29 322)	19 087	(21 991)	358
Steglitz	16 605	(21 289)	57 749	(55 836)	47 577	(28 018)	13 182	(14 165)	210
Tempelhof	6 832	(9 728)	35 798	(29 751)	20 486	(9 435)	11 170	(10 915)	208
Neukölln	10 404	(17 580)	96 920	(89 932)	41 285	(22 342)	67 112	(70 344)	885
Treptow	5 763	(9 010)	38 441	(34 089)	18 915	(9 338)	21 209	(21 791)	210
Köpenick	5 469	(7 297)	28 299	(24 994)	15 174	(7 875)	13 885	(15 211)	118
Lichtenberg	10 592	(14 705)	69 443	(62 175)	32 747	(20 017)	43 430	(45 580)	485
Weißensee	3 353	(5 245)	19 197	(17 399)	12 128	(6 171)	14 084	(14 185)	106
Pankow	8 442	(12 194)	39 459	(34 088)	22 231	(11 773)	18 474	(18 144)	205
Reinickendorf	6 371	(8 731)	44 177	(42 575)	28 043	(12 802)	27 888	(28 108)	266
Gesamt	328 758	(351 277)	1 308 738	(1 197 743)	564 555	(395 988)	684 967	(739 285)	3 626

Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 würden die jetzigen Präsidentschaftskandidaten in den preussischen Wahlkreisen folgende Stimmzahlen erreicht haben:

DUESTERBERG	1 968 656
HINDENBURG	12 030 182
HITLER	3 967 879
THÄLMANN	3 141 547

Zum zweiten Wahlgang.

werden HINDENBURG und HITLER, wie sie erklärt haben, wieder kandidieren.

AUS DEM INHALT:

- Rumänische Agrarpolitik.
- Afrika als industrielles Zukunftsland.
- Die mandschurische Regierung.
- Steuern in Argentinien.
- Polen an der Ostgrenze.

Zur Präsidentenwahl.

Der Spuk vom Dritten Reich verfliegen?

Von Minna Specht.

Die Arbeiterschaft steht nach dem 13. März vor einer zweifachen Aufgabe: die Kräfte der Reaktion zu meistern und dabei die Stellen zu finden, an denen sie bei sich selber einzusetzen hat, um den Kampf gegen die Reaktion aussichtsvoller zu führen als bisher.

Die Prüfung des *Klassengegners* geht sinngemäß der Aufstellung neuer Richtlinien für die eigene Arbeit voran. Wir müssen dabei den Blick von den unmittelbaren Ergebnissen des vergangenen Wahltages und dem schon jetzt deutlich vorauszuweisenden Endergebnis dieser Präsidentschaftswahl auf einen weiteren Umkreis der Politik ausdehnen; Wahlparolen und Wahlstimmen reichen nicht aus, um die Situation zu überblicken, in der sich die Klassenfronten gegenüber stehen.

Auf seiten der HINDENBURG-Wähler hat sich freilich zu dem vom „Vorwärts“ angeschlagenen Siegeston, wonach der Faschismus „abgeschmettert“ sei, ein breiter Chor gesellt, der den 13. März als den Wendepunkt der Ereignisse betrachtet. Eine begriffliche Genugtuung geht durch die gesamte Presse der bürgerlichen Mitte, die mit HINDENBURG auch das „System“ mit all seinen schmückenden Beiwörtern aus „der Nacht der Zahlen“ herübergerettet zu haben glaubt.

„Es kann für sie (die Nationalsozialisten) keinen weiteren Aufstieg mehr geben“, schreibt das „Berliner Tageblatt“, und die „Germania“ konstatiert aufatmend: „Wir wissen heute wenigstens, daß der Spuk vom Dritten Reich verfliegen ist.“

Die Begründung für diese Siegerstimmung geht nicht sehr tief. Sie stützt sich einstweilen allein auf die Tatsache, daß, bei der hohen Wahlbeteiligung von 86,2 Prozent, die auf eine starke Anteilnahme des Volkes an der Präsidentschaftswahl schließen läßt, der Kandidat HINDENBURG mit seinen 18,7 Millionen Stimmen HITLER um 7,4 Millionen Stimmen übertroffen hat; daß dieser von den von ihm prophezeiten 15 bis 17 Millionen nur 11,8 erhalten hat, daß er also nicht einmal das Drittel erobern konnte, das ihm selbst seine Gegner vorausgesagt hatten. Reicht diese Feststellung hin, um das Triumpfesgeschrei zu rechtfertigen, „die entscheidende Niederlage“ HITLERS könne nun zu „einer vernichtenden“ umgestaltet werden?

Um hierauf zu antworten, ist es nicht nötig, den „Angriff“ zu kaufen und darin nachzulesen, wie Herr GOEBBELS Enttäuschungen in Siegeszuversicht verwandelt. HITLERS Mitarbeiter und sogar der Führer selber waren vielleicht darauf vorbereitet, daß der Regierungsrat einstweilen noch Regierungsrat bleiben wird. Dafür spricht die Promptheit, mit der der Aufruf erschien, in dem die Wähler der gesamten nationalen Front aufgerufen werden, „die wenigen Millionen fehlender Volksgenossen aus der widernatürlichen Front unserer Gegner herauszubrechen und uns zuzuführen“.

Dieser Aufruf enthält aber noch einen anderen Passus, der ein weit helleres Licht auf die angeblichliche Lage der Partei wirft, als jener Appell an erst zu schaffende Taten: „Die gegen uns vereint aufmarschierenden Parteien sind von 21,4 auf 18,6 Millionen gesunken; wir sind dagegen von 6,4 auf 11,3 Millionen gestiegen.“ Wir sind gestiegen! — Mit dieser Fanfare werden die geknickten SA-Männer wieder aufgerichtet.

Aber diesen Zuwachs müssen auch wir nachprüfen, um keinerlei Täuschung über die Reserven dieses Gegners aufkommen zu lassen.

Die Presse der HINDENBURG-Parteien schiebt solche Untersuchungen beiseite mit dem Vermerk, Vergleichszahlen zwischen der Reichstagswahl von 1930 und der Wahl vom vergangenen Sonntag seien sehr „unter Vorbehalt“ anzustellen, eine Personenwahl bedeute etwas ganz anderes, als eine Listenwahl, und sie tröstet sich — wenn sie schon auf Vergleichen eingeht — damit, daß HITLER in Hamburg und Hessen verloren hat, soll heißen, daß die Kurve seines

Das Wahlergebnis in Preußen.

Berlin, 14. März.

In den preussischen Wahlkreisen wurden bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 folgende Stimmen abgegeben:

DUESTERBERG	1 925 158
HINDENBURG	11 022 089
HITLER	6 344 364
THÄLMANN	3 724 687

Anstiegs in diesen beiden Gebieten in den Lokalwahlen be- zeits ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Wie steht es mit diesem Trost?

Der Verlust der NS in Hamburg seit der Bürgerschafts- wahl vom September 1931 beträgt nur 1 Prozent.

Der Verlust in Hessen seit der Landtagswahl vom No- vember 1931 beträgt rund 3 Prozent; dabei ist zu beachten, daß hier das Boxheimer Dokument offenbar noch nicht ge- nügend in Vorgesessenheit geraten war, und ferner, daß die Zunahme seit den Reichstagswahlen von 1930 auch hier noch immer 100 Prozent übersteigt.

Den relativ geringen Rückschlägen stehen folgende Zah- len gegenüber:

In Oldenburg ist seit der Landtagswahl vom Mai 1931 der Anstieg in gleichem Verhältnis fortgegangen.

In 5 von den 35 deutschen Wahlbezirken beträgt die Zu- nahme der NS seit den Reichstagswahlen mehr als 100 Prozent.

In 15 der Wahlbezirke haben die NS über 33 Prozent der abgegebenen Stimmen erfaßt.

In dreien (nämlich Schleswig-Holstein, Ost-Hannover und Chemnitz) haben sie über 40 Prozent erhalten.

Was sagen diese Zahlen? Sie bedeuten nichts mehr für den Ausgang des zweiten Wahlgangs — falls es zu ihm kommt. Selbst gegen alle Dusterlinge steht HINDENBURGS Kandidatur fest.

Aber der vor keiner Aufpölschung zurückschreckende Propagandaapparat der HITLER-Partei wird nach der ver- lorenen Präsidentenkampagne seine Arbeit fortsetzen, und eines seiner Argumente wird sein — und ist es schon jetzt —, daß die Kurve der nationalsozialistischen Partei seit dem 14. September 1930 noch immer steil nach oben weist.

Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen; im Gegenteil, es hat nur Sinn, der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen, die noch durch weit mehr Umstände charakterisiert ist als durch jenen Anstieg.

1. Die NS stehen vor neuen agitatorischen Aufgaben. Die nächsten Monate bringen Wahlen in Preußen, Bayern- und Württemberg. Man kann ohne Hypochondrie für die Preußen- wahl eine fatale Additions- und Subtraktionsrechnung auf- stellen: Wenn von den 11,0 Millionen HINDENBURG-Wählern in Preußen auch nur 1,5 Millionen zu den ultra-reaktionären Par- teien übergehen und damit die Front der nationalen Oppositio- von 8,7 auf rund 10,2 Millionen verstärken, so steht dem gegen- über eine Front von 9,5 Millionen, die von der Volkspartei bis zur SPD reicht, außer den 3,2 Millionen Kommunisten. Wenn sich dieser bürgerliche Block gegenüber der Harzburger Front unabhängig halten soll, dann muß er entweder die Duldung der KP gewinnen oder dazu übergehen, nach dem Muster des Reichs den Landtag kaltzustellen — eine Situation, die sich von der Lage der jetzigen Preußenregierung erheblich unterscheidet.

2. Das BRÜNING-Kabinett, das jetzt durch die Verbunden- heit mit HINDENBURG und durch dessen Sieg wieder fester im Sattel sitzt, hat nicht nur die Klippe der Preußenwahl vor sich. Außenpolitisch drohen die Reparationsverhandlungen, die fran- zösischen Kammerwahlen, die unter der starken Regie TARDIEUS arrangiert werden, der Memelkonflikt, die Donauföderation — alles Unternehmungen, in denen die nationalistische Meute an- springt, sobald BRÜNING die geringste Unvorsichtigkeit begeht. Daß er als Unterhändler vor allem mit Frankreich vor Miß- griffen nicht gefeit ist, hat das Vorspiel zur Präsidentenwahl in bedrohlicher Weise gezeigt. Mit der „Verheißung von Wachs- tum und klaren Tagen“ von denen die „Frankfurter Zeitung“ schwärmt, ist es also nicht, ganz abgesehen davon, daß die Schatten der Wirtschaftskrise immer tiefer werden, wie der Selbstmord von KREUGER beweist.

3. Aber stärker als durch die Vermehrung der HITLER- Partei und die unsichere Basis des Bürgerblockes, dessen Sturz nach Lage der Dinge voraussichtlich zur Verschärfung der fa- schistischen Tendenzen führen wird — weit stärker als durch diese beiden Tatsachen wird die heutige Situation für Sozialisten dadurch erhöht, daß in Deutschland am 18. März in Wahrheit 86 Prozent derer, die gewählt haben, für HINDENBURG, HITLER oder DUESTERBERG und damit für die Reaktion gestimmt haben. Sie haben sich damit eingesetzt für die Politik der kapitalistischen Ordnung und für die Tolerierung der Reaktion, gegen den Geist der Abrüstung, gegen die Überwin- dung des Dilettantismus und des Mangels an gutem Willen, der diese politische und ökonomische Krise zu einer so lang dauernden und unheilvollen macht. Dazu kommt, daß die Mehr- heit von ihnen zum Hüter dieses Systems einen Mann bestellt

hat, dessen Pflichttreue keinen Zweifel daran aufkommen läßt, daß er die Wege, die er bisher aus Überzeugung gegangen ist, nicht verlassen wird, so lange er auf diesem Posten steht, d. h. diese Mehrheit hat von sich aus alles getan, daß die Herr- schaft der Reaktion auf 7 Jahre verlängert wird.

4. Als letztes in der Reihe dieser Ereignisse verzeichnen wir die Tatsache, daß sich unter HINDENBURGS Wählern die Mitglieder der größten deutschen Arbeiter-Partei, wie es scheint, fast ausnahmslos eingestellt haben.

Das ist ein Teil der Bilanz des 18. März 1932.

Stimmt gegen die Mehrheitsparteien.

g Memel, 14. März.

Trotz des Protestes der Mehrheitsparteien hat nun doch SIMMAT ein Direktorium zusammengestellt und darin das Amt des Präsidenten übernommen. Der Wunsch des Völker- bundrats, das neue Direktorium solle das Vertrauen des memelländischen Landtags haben, ist damit natürlich preis- gegeben. SIMMAT hat den Landwirt RZISCVS (Großlitauer) und den Kaufmann KADGIEHN (parteilos) zu Mitgliedern des Direktoriums neben TOLISCHUS (Großlitauer) ernannt. Die beiden neuen Direktoren sind früher Landespräsidenten ge- wesen, würden aber wegen ihres Eintretens für litauische Interessen von den Mehrheitsparteien gestürzt.

Das neue Direktorium wird noch am Montag die Amts- geschäfte übernehmen. Nach dem Memelstatut muß es sich innerhalb 14 Tagen dem Landtag vorstellen.

Finnland schützt sich vor den Lappos.

g Helsingfors, 14. März.

Im finnischen Reichstag wurde am Montag das Gesetz zum Schutze der Republik angenommen. Versammlungen der Lappo-Bewegung und zweier anderer rechtsgerichteter Ver- bände werden damit verboten; die Organisationen selber werden jedoch nicht aufgelöst.

Englische Pläne für die Donau- staaten.

in London, 14. März.

England kommt jetzt nach seinem abwartenden Zögern mit einem eigenen Vorschlag heraus, der Oesterreich wirt- schaftlich helfen soll. Es handelt sich um Pläne für ein Vorzugszoll-System zwischen Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei, die, wie dem Londoner Korrespondenten der Telegraphen-Union aus diplomatischer Quelle versichert wird, fix und fertig sind, sodaß sie inner- halb von 24 Stunden in Kraft gesetzt werden könnten. Die Vereinbarungen sind unter Hinzuziehung von Bankiers, Wirtschaftssachverständigen und Statistikern auf dem Wege diplomatischer Kanäle zwischen den Hauptstädten dieser fünf Länder erzielt worden. Auch die Zolllisten sind schon im einzelnen ausgearbeitet. Die Vorzugsbehandlung er- streckt sich nur auf bestimmte Waren-Gruppen, die jeweilig den Bedürfnissen der einzelnen Staaten entsprechend ausge- sucht worden sind.

Dem Donaubund-Plan gegenüber hat England immer noch keine endgültige Stellung eingenommen. In England herrscht die Auffassung, daß das Eindringen politischer Gesicht- punkte in die Behandlung der mitteleuropäischen Wirt- schaftsschwierigkeiten die geplanten Auswege vereiteln könnte.

Es liegt auf der Hand, an welchen politischen Gesicht- punkt man in England denkt: Gelingt es Frankreich, durch die Begründung der Donauföderation ein wirtschaftliches Übergewicht in Mitteleuropa zu erlangen und Deutschland von den Donaustaaten, vor allem von Oesterreich, abzusperr- en? Gegen derartige Störungen des politischen Gleich- gewichts auf dem Festland hat die englische Politik sich von jeher gewehrt.

Reichsbankkredit von der BIZ genehmigt.

g Basel, 14. März.

Der Verwaltungsrat der BIZ hat am Montag die Maß- nahmen bestätigt und genehmigt, die der Präsident im Ein-

„Die Bemühungen um die Einheitsfront, diese große und weiterführende Aufgabe der Arbeiterschaft, müssen sofort auf- genommen werden.“ So schrieb er gestern in unserem ersten Aufsatz zu den Ereignissen des vorigen Sonntags. Die Beurtei- lung und Verwertung des Wahlergebnisses, die wir in dem gleichen Aufsatz als erste Aufgabe in der Reihe dieser Be- mühungen gefordert haben, haben wir hiermit eingeleitet. Der nächste Schritt gilt der Erörterung der jetzt geschaffenen Lage innerhalb der beiden großen proletarischen Parteien, der SP und der KP, die morgen folgen soll.

verständnis mit den drei anderen beteiligten Banken; zur Erneuerung des Anteils der BIZ an dem der Deutschen Reichsbank gewährten Gesamtkredit von 90 Millionen Dollar bis zum 4. Juni 1932 getroffen hat.

Der Kampf um die Mandschurei.

Der Präsident der chinesischen Republik, LIN SEN, hat am Montag eine Verordnung unterschrieben, in der alle Mit- glieder der neuen mandschurischen Regierung zu Hochver- rättern erklärt worden. Alle chinesischen Behörden, die diese Regierungsmitglieder auf chinesischem Staatsgebiet ertref- fen, werden berechtigt, sie ohne Gerichtsurteil zu er- schießen.

Die japanische Regierung hält sich in der Frage der An- erkennung der mandschurischen Republik vorsichtig zurück. Sie hat ihren Generalkonsul ermächtigt, mit der mandschuri- schen Regierung zunächst in Verhandlungen über die folgen- den drei Punkte zu treten:

1. Schutz der mandschurischen Grenze.
2. Kolonialisierung der Mandschurei durch die Japaner.
3. Arbeit und Vorrechte des japanischen Kapitals in der Mandschurei.

Japan versteht es, sich die gewünschten Vorteile zu sichern. Die Verhandlungen, die mit der mandschurischen Republik, seinem eigenen Werk, anknüpft, kommen in einem Zeitpunkt, in dem dieser junge Staat aufs äußerste auf die japanische Hilfe angewiesen ist. Denn die Abkündigung der mandschurischen Republik seitens der chinesischen Regie- rung bleibt keine leere Drohung; Ubersall in der Mandschu- rei sind schwere Unruhen ausgebrochen. Chinesische Trup- pen erboben sich gegen die mandschurische Regierung und die in der Mandschurei stationierten japanischen Truppen. Die japanischen Garnisonen haben gegen diese Angriffe mobil gemacht. Dabei ist eine japanische Division an die russisch-mandschurische Grenze herangezogen worden, was erneut zu einer Beunruhigung russischer Kreise geführt hat.

Die chinesisch-japanischen Verhandlungsversuche rücken nicht von der Stelle. Die Meldungen aus Schanghai wechseln schnell. Bald ist die Rede von neuen japanischen Trup- penlandungen, bald von der Zurückberufung japanischer Trup- penanteile. TSCHIANGKAISCHEK hat Pressevertretern gegenüber erklärt, die japanischen Meldungen über die Zurückziehung von Truppen seien nur ein taktisches Manöver zur Täu- schung der Öffentlichkeit. Er sei untrübselig, daß die japanischen Streitkräfte keine Angriffe planten.

Magdeburg

Chiyin Chen (Schanghai)

spricht am Mittwoch, dem 16. März, um 20 Uhr, in der

Öffentlichen Versammlung

bei Bleck (früher Lichtfeld), Knochenhauerufer 27/28, über

„China und das europäische Proletariat.“

Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelträger-Verlag, Berlin

(63. Fortsetzung)

Entfesselte Hölle . . . brüllende Massen . . . die der Staat bewaffnet! Hier eine Kompanie, die meutert . . . dort eine Kompanie . . . Bataillon, Regiment! . . . Die Bevölkerung der Städte, auf die der Feind Bomben und Giftgase schüttert . . . Blühendes Land, verseucht durch Bazillengeschosse der Flieger . . . Zerbrochendes Volk . . . ob es dann immer noch rufen wird: Evviva il Duca . . . !

Capponi verklammert die Hände vor der Brust. Die Augen sind noch immer geschlossen. Betet er? Betet er zum italieni- schen Gott? Daß ein Wunder vom Himmel falle? Daß der Kelch der Bitterkeit vorübergehe? Oder, daß in Paris Léon Brandt, der große Friedensstüchtige und Antipod, die Macht gewinne und damit den Frieden rette? Wie? . . . Capponi als heimlicher Sekundant des Pariser Phantasten . . . Will die Tragik schon beginnen . . . ?

XXI.

„Begraben Sie kriegerische Aspirationen, Baron. Der Ge- neralstreik laugt dem Kabinett langsam, aber sicher das Lebens- merk aus. Arrangieren Sie sich möglichst rasch mit Capponi. Besser ein italienisches Albanien als ein Frankreich, das zur Posse der Weltgeschichte wird!“

Diese Worte spricht drei Uhr nachmittags der General- stabschef Audinot, während er mit dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister die Treppe des Palais de l'Elysée herunter- steigt.

„Ausgeschlossen!“ braust Humette auf. „Mit dem General- streik werden wir fertig! Der Polizeipräsident und der Kom- mandant von Paris bekommen jetzt ihre klaren Weisungen. Sitzt Brandt erst hinter Gittern, dann verebbt der Rummel

binnen drei Stunden. Jeder Dickhäutler kommt an die Wand!“

Audinot lacht ironisch. „Wollen Sie die Streikenden mit Kolben in die Fabriken jagen? Wollen Sie die Plätze mit Ma- schinengewehren rasieren lassen? Gegen passiven Widerstand kann man keine Kanonen auffahren.“

„Der Haftbefehl gegen Brandt und Komplizen ist jetzt vom Ministerrat beschlossen“, mischt sich Saint Brice ein. „Hier und dort werden die Massen gewalttätig werden. Dann werden eben zwei, drei Exempel statuiert. Mob ist immer feig.“

Audinot legt herablassend die Hand auf die Schulter des Greises. „Ich beneide Sie um Ihren Optimismus, Baron. Sie meinen, wenn äußerlich die Ruhe hergestellt ist, kann der Krieg losgehen? Ich sage Ihnen, unser Land ist bis ins Mark erschüttert. Wenn Sie jetzt mobil machen, sind die Kommunisten die ersten, die bei den Regimenten eintreffen! So bequem liefert ihnen der Staat nicht gleich wieder die Waffen!“

„Ich denke zunächst nicht an Mobilmachung“, erwidert Saint Brice hastig. „Das Wichtigste ist jetzt die Wiederher- stellung der staatlichen Autorität. Sonst sind wir außenpolitisch machtlos.“

„Die Revolution, wenn sie nur die Nase hochnimmt, wird niederkartätscht!“ erbot sich Humette von neuem. Er setzt schon einen Fuß aufs Trittbrett seines Autos.

„Wenn Sie so weit sind, meine Herren, daß wir wieder von Mobilmachung reden können, dann benachrichtigen Sie mich bitte!“ höhnt Audinot mit gedämpfter Stimme zurück.

Die Autos der Minister rollen durch die Ausfahrt des Palais de l'Elysée.

In Paris beginnt die Hetzjagd. Die Regierung hatte erwartet, das ganze Nest im Gebäude der „Union“ auszuheben. Sie fand dort nur eine Handvoll unter- geordneter Funktionäre . . .

Paris erlebte sein grandioses militärisches Schauspiel. Infanteriekolonnen marschieren über den Asphalt. Hufe von Dragonerpferden klapperten. An den Seilbrücken öffnete Geschütze ihre runden Mäuler. An den Straßenkreuzungen waren Maschinengewehre in Stellung. Panzerwagen dröhnten. Zwei Dutzend Flieger brummen über dem Häusermeer, jede verdächtige Ansammlung von Zivilisten ausspähend.

Der Polizeipräsident betzte seine Beamten. Der Komman- dant von Paris entsandte Fahndungskommandos. Brandt und seine Mitheifer schienen vom Erdboden verschluckt zu sein. Aber seine Wühlarbeit ging weiter. Die staatlichen Funk- türme stellten fortgesetzt fest, daß die verwünschte BO I chiffrierte Telegramme sandte und von ausländischen Stationen solche empfing. Aus welchem Hinterhalt funkte der gefährliche Feind? Die militärischen Führer beschimpften die Polizei, die Brandt nicht auf den Fersen gelieben sei, der Polizeipräsident beschwerte sich über die Truppen, die mit ihren groben Fäusten die Bevölkerung außer Rand und Band brachten.

Im Zimmer des Ministerpräsidenten ging es zu wie in einem Taubenschlag. Die Chefs der fremden Missionen rückten trupp- weise an. „Aufsicht zur Weltrevolution!“ warnten sie. Die bleiche Sorge stand den Diplomaten in den Gesichtern.

Fünf Uhr nachmittags erschien der südslawische Gesandte am Quai d'Orsay. Seine Regierung — so meldete er — möchte dem Pariser Kabinett dringend zur Erwägung anheimstellen, ob unter den ungünstigen inneren politischen Verhältnissen Frank- reichs der bisherige Kurs gegen Italien noch beizubehalten sei.

Saint Brice rief ihm tief erregt zu: „Ihretwegen, Herr Ge- sandter, haben wir uns engagiert! Wir haben an Albanien nur höchst mittelbares Interesse! Melden Sie Ihrem König, daß ich mich auf sein königliches Wort verlasse! Wenn sich jetzt unsere Bundesgenossenschaft nicht bewährt, sind wir beide geliefert!“

Den Südslawen löste der Pole ab. „Die innere Lage Polens ist aufs höchste gespannt, Herr Baron! Radikale Elemente, von Sowjetagenten angetrieben, drohen mit Umsturz.“ Eben erhalte ich aus Warschau die Nachricht, daß Rußland vor zwei Stunden seine Grenzen gegen Polen zugemacht hat. Die Gerüchte ver- dichten sich, daß die Russen militärische Vorbereitungen treffen. Mehr weiß ich im Augenblick auch nicht. Polen kann keine aktive Kriegspolitik unterstützen. Sehen Sie zu, mit Rom schleunigst ein erträgliches Arrangement zu finden.“

Der rumänische Gesandte folgte. Er bestätigte die Gerüchte von geheimnisvollen Truppenkonzentrationen an der russischen Grenze. „Keinen Schritt weiter, Baron! Rumänien kann sich nicht in einen Krieg mit Rußland hineinziehen lassen. Unser Volk ist nicht für Krieg zu haben. Die Linkskreise machen uns schwer zu schaffen.“

Steuern in Argentinien.

B. D. Buenos Aires, Mitte Februar.

Der Europäer, vor allem aber der Deutsche, ist schon lange in ganz anderem Maße ans Steuerzahlen gewöhnt als der Amerikaner, sei er Nord- oder Südamerikaner. Vor allem an direkte Steuern. Das mag dazu beigetragen haben, daß so manchem diese Länder als die Heimat der goldenen Freiheit erschienen sind. Hier gab es weder Meldezwang noch Einkommensteuern, die verhafteten aller Steuern. Man konnte verdienen, so viel wie man wollte — der Staat kümmerte sich nicht oder nur wenig darum. Das Fehlen der ständigen Eingriffe des Staates in die Angelegenheiten, die jeder, ganz besonders aber der Geschäftsmann, gern für sich behält, hat sicher auch dazu beigetragen, daß sich so mancher Deutsche hier bald wohler fühlte als in der Heimat. Schon häufig hörte ich von Deutschen, die länger hier gelobt haben, daß sie in die Heimat des Zwanges und der Polizeiverordnungen nicht mehr zurückkehren möchten.

Daß der Staat hier zur Deckung seiner Ausgaben auch Geld brauchte, fiel keinem weiter auf. Denn dieses Geld wurde so aufgebracht, daß es besonders den gut Verdienenden gar nicht sehr zum Bewußtsein kam. Und die allermeisten verdienen gut, in jenen Zeiten, als diese Länder noch in vollem Aufschwung waren. Daß man viele Verbrauchsgüter hier erheblich teurer bezahlt als in der Heimat, wurde einfach damit erklärt, daß man hier eben in Ländern ohne eigene Industrie sei, was die Tatsache allerdings nur zum Teil, nicht ganz erklärte.

In Argentinien deckte der Staat früher seinen Geldbedarf hauptsächlich durch Einfuhrzölle und durch indirekte Steuern. Die Zölle waren ziemlich hoch, und wenn auch allein schon die hohen Wohnungsmieten die Lebenshaltung recht teuer machten, so trugen die hohen Preise für importierte Waren dazu noch besonders bei. Außerdem belegte der Staat alle möglichen Dinge mit Stempelabgaben: Bei Zigarren, Tabak, Zigarretten und alkoholischen Getränken geschah dies zweifelslos mit sehr großer Berechtigung, bei anderen Artikeln, wie Parfums und medizinischen Präparaten war dieses Recht allerdings schon weniger eindeutig, und bei Bedarfsartikeln wie Streichhölzern war die Steuer ausgesprochen ungerecht. Denn es ist ja keineswegs dasselbe, ob ein armer Arbeiter Steuern auf Streichhölzer entrichten muß, wenn er sich seine Suppe kochen will, oder ob ein Millionär sie bezahlt, um sich eine aussergewöhnliche Havanna-Zigarre anzuzünden. — Dann gab es hier noch die Abgaben durch Stempelpapier, die vielleicht im wesentlichen dasselbe darstellen wie in Deutschland die Gebühren, die man im Verkehr mit Behörden überall entrichten muß. Sie waren hier aber wohl noch verbreiteter als drüben, denn jede kleine Eingabe an eine Amtsstelle mußte und muß noch auf solchem Papier gemacht werden. Indes betrafen diese Abgaben den Arbeiter und Angestellten nur selten, kümmerten ihr deshalb auch weniger, ebenso wie die sonstigen Steuern in Form von Geschäftspatenten und dergleichen.

Das war die schönste alte Zeit in Argentinien. Sie ging bis zum Jahre 1931. Bis 1929 hatte man die Weltkrise hier ja überhaupt noch nicht gespürt. Was dann bis hierher drang, interessierte in erster Linie nur die Geschäftsleute, d. h. Importeure und Exporteure; das Inlandgeschäft ging ruhig weiter. Die Revolution von 1930 wirkte sich auch noch nicht aus, da die neuen Männer sich wohl erst orientieren mußten. Aber 1931 kam es.

Der Kurs des Peso war abgesunken und sank langsam weiter. Man fragte sich, wie das wohl kommen könne. Und als man zu der Ansicht gelangt war, daß das wohl mit der passiven Zahlungsbilanz und dem unausgeglichenen Staatshaushalt zusammenhängen müßte, griff man zu den Maßnahmen, die den nötigen Ausgleich herbeiführen sollten. Für eine Regierung, die daran gewöhnt ist, einen großen Teil ihres Geldbedarfs aus Einfuhrsteuern zu decken, ist eine Zollerhöhung in solchen Fällen immer das Nächtliegende. Der Zoll, so meinen ja viele Leute nicht nur in Argentinien heute noch (obwohl das Gegenteil hundertmal bewiesen worden ist), wird vom Ausland bezahlt, das seine Waren in Argentinien verkaufen will. Also entweder bezahlt es unsere hohen Zölle, und dann hat die Regierung mehr Geld, oder es liefert weniger, und dann können wir unser Geld für andre Zwecke gebrauchen und fördern die nationale Industrie. Die betroffenen Geschäftsloute protestierten zwar, aber sie wurden nicht gehört. Es war ja hier Militärdiktatur. Also wurden die neuen Zölle eingeführt. Nur ihre Wirkung war nicht die erwartete.

Mittlerweile hatte nämlich die Weltwirtschaftskrise begonnen, sich hier in stärkerem Maße fühlbar zu machen. Argentinien, dessen Einwohner so oft stolz behauptet hatten: „Wir brauchen die anderen Staaten nicht, sondern sie brauchen uns“ (eine Meinung, die während des Weltkrieges aufkam), merkte plötzlich etwas davon, was der Begriff „Weltwirtschaft“ bedeutet. Der Absatz der eigenen Produkte stockte oder war nur noch zu sehr niedrigen Preisen möglich, die keinen Nutzen mehr brachten. Es kam also weniger Geld ins Land. Anleihen waren auch nicht mehr zu haben, denn mittlerweile waren ja sogar die Nordamerikaner aus ihrem „Prosperity“-Tumel erwacht. Man mußte sich also selber helfen.

Zunächst griff man noch einmal zu dem schon erwähnten „nächsten“ Mittel der Zollerhöhungen. Zwei weitere Aufschläge wurden eingeführt. Dann mußte man aber einsehen, daß man an dem Punkt angelangt war, an dem eine weitere Anspannung des Bogens gefährlich werden müßte. Also Umschau nach anderen Steuerquellen. Nun hat man es in dieser Beziehung heute so einfach, sofern man keine Ansprüche hinsichtlich der Gerechtigkeit der Verteilung der Steuerlasten stellt und sich auch nicht übermäßig den Kopf darüber zerbrechen will, welche Wirkung die Steuern denn nun haben werden, d. h. ob sie die Wirtschaft fördern oder hemmen werden. Vorbilder für Steuerarten gibt es ja heute in der Welt mehr als genug!

So war es also leicht, auf den Gedanken einer Umsatzsteuer zu kommen. Sie soll in Höhe von 3 vom Tausend von allen Umsätzen entrichtet werden. Ausgenommen sind nur

Geschäfte in Lebensmitteln und ähnlichem, sowie Firmen mit Umsätzen von weniger als 25 000 Pesos (etwa ebensoviel Mark) jährlich. Die Geschäftswelt protestierte natürlich wie der, aber da die Regierung nicht nachgab, beruhigte sie sich auch wieder. Letzten Endes wird die Belastung ja doch auf den Verbraucher abgewälzt.

Man glaubte schon, daß es damit genug gewesen sei. Es kamen inzwischen die Wahlen des neuen Präsidenten und des Kongresses, und bald darauf nahte die Zeit, wo die Regierungsbudgets stattfinden sollte (jetzt steht sie kurz bevor). Deshalb nahm man an, daß der provisorische Präsident URIBURU nichts mehr unternehmen würde. Indes weit gefehlt; der dachte anders. Wahrscheinlich ist er der Ansicht, daß er, der ja doch geht, sehr gut noch einige Steuern einführen könnte, um seinem Nachfolger, dem General Justo, dessen Wahl er gern gesehen hat, die Arbeit leichter zu machen. An sich kein schlechter Zug. Also überraschte URIBURU die argentinische Nation kürzlich noch mit einem Steuerbuckett, welches den Beweis erbringt, daß sein Verfasser es verstanden hat, aus der bunten Steuerwiese Europas eine ganze Reihe der verlockendsten Blüten zu pflücken.

Dieses Steuerdekret sieht eine Anzahl neuer Belastungen vor: Steuern auf Tabak, Streichhölzer, Benzin, Parfums und medizinische Präparate, Autoreifen, Filme, Geschäftspatente, Geldüberweisungssteuer, Stempelsteuern, Steuern auf Versicherungen, Grundsteuer, Analysesteuer, Steuern für Aktiengesellschaften, Paßabgaben und dergleichen mehr. Aber dies alles sind noch die kleineren Uebel. Der Hauptschlag war die Einführung einer Einkommensteuer nach deutschem Muster. Von einem monatlichen Lohn oder Gehalt von

175 Pesos anfangend, muß jetzt eine Steuer entrichtet werden, die vom Arbeitgeber gleich in Abzug zu bringen und der Steuerbehörde zu überweisen ist. Der Arbeitgeber wird also auch hier zum Steuerbüttel des Staates gemacht. Das ist in diesem Fall besonders wichtig, weil der Staat selber niemals in der Lage gewesen wäre, diese Steuer durchzuführen, da ja kein Einwohnermeldezwang besteht, und man niemals alle Steuerpflichtigen hätte erfassen können. So schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: man bekommt eine gewisse Uebersicht über die erwerbstätigen Einwohner, und zugleich hat man eine einfache Art der Steuereinzahlung.

Die Staffelung dieser Steuer ist noch verhältnismäßig milde: sie beginnt mit 1/2 Prozent monatlich bei 175 Pesos und steigt bis 4 Prozent bei 2000 Pesos monatlich. (1 Peso = 1 Mark.) Aber es ist ja auch erst ein Anfang. Wer weiß, was die Zukunft noch bringen wird. Wenn Regierungen einmal anfangen, Steuern zu verhängen, dann hören sie so leicht nicht wieder auf. Denn kaum irgendwo läßt sich das bekannte Zitat so gut anbringen wie hier, daß es der Fluch der bösen Tat ist, fortzuehend Böses zu gebären. Denn daß die übermäßige Belastung des Verbrauchs und der Produktion mit Steuern wirtschaftlich als „böse Tat“ zu bewerten ist, aus dem einzigen Grunde, weil sie falsch ist und das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung hervorbringt, haben wir schon zu oft gesehen. Und besonders falsch ist diese Besteuerung, solange es noch andere Steuerquellen gibt, die man ohne Gefahr für Produktion und Verbrauch anzapfen könnte.

Einstweilen stehen wir hier jedenfalls vor der Tatsache, daß das alte Steuerparadies Argentinien für den Arbeiter und Angestellten nun auch aufgehört hat, zu bestehen.

Die Gefahr an der Ostgrenze.

J. P. „Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig?“ „Polnische Erde. Polens Appetit auf Danzig und Ostpreußen.“ „Gegen die Bedrohung durch Polen.“ „Die Gefahr an der Ostgrenze.“ „Geständnis des Moskauer Attentäters. — Polen im Hintergrund.“ Das sind in die Augen springende Ueberschriften aus einem Kreisblatt.

Wie kann ich mir ein objektives Urteil bilden über diese Meldungen? Mir geht es wie wohl den meisten Deutschen: was ich im Geschichtsunterricht über die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen gelernt habe, ist längst verschwunden. Ich weiß nur noch, daß die deutsche Heeresleitung um die Mitte des Weltkrieges plötzlich ein Königreich Polen proklamierte, und daß ein empörter Protest durch das bürgerliche Deutschland ging, als im Versailler Vertrag Westpreußen, Danzig und Posen zu Polens Gunsten von Deutschland abgetrennt wurden. Außerdem haben sich mit einigen früheren Erlebnissen fest eingepreßt. Ich sehe noch das haßerfüllte Gesicht eines Geschichtslehrers vor mir, wenn er vom Slawengesindel sprach, dessen falscher Charakter schon aus seiner an Zischlauten reichen Sprache hervorgehe. Ich höre noch die verächtlichen Worte einer Oberlehrerin aus Posen, die Polen könne man nur mit der Peitsche regieren. Auf Gütern in Mittel- und Westdeutschland habe ich später viele Polen als Lohndrücker gesehen, wo sie in unbeschreiblich unwürdigen Quartieren zusammengepfercht hausteten. Fragte ich, warum sie so untergebracht seien, so hieß es: „Polnische Wirtschaft! Sie sind Schmutz und Enge gewöhnt, wollen nichts Besseres haben.“ Ferner erinnere ich mich an viele strebsame, durchaus nicht schmutzige Schüler mit polnischen Namen, die in Linden vor mir saßen, einer Stadt, die sich innerhalb zweier Jahrzehnte aus einem Dorf zu einer Industriestadt von über 50 000 Einwohnern entwickelte und sich zum Teil aus zuziehenden Polen rekrutierte. Außerdem habe ich von dem fanatischen Freiheitsstößen der russischen Polen vor dem Weltkrieg gelesen, bei dem unter den Proletariern die Frage eine Rolle spielte: Klassenkampf oder Kampf für nationale Befreiung?

Um mich schnell über Deutschland und Polen zu orientieren, leihe ich mir das Realienbuch von KAHNMEYER und SCHULZE, das über ganz Deutschland in den Händen von Volksschülern ist, und zwar eine Nachkriegsausgabe von 1927. Dort finde ich unter anderem folgende Angaben:

„In der Völkerwanderung hatten die Germanen die Gegenden rechts von der Elbe und Saale aufgegeben. Still und ohne Kampf waren dann die Slawen in die verlassenen Gebiete eingedrungen und hatten die besten Länderstriche besetzt. In harten, jahrhundertlangen Kämpfen mußten Deutsche diese Gebiete wieder erobern. . . . Die Grundhorren wollten aber Nutzen aus ihrem Lande ziehen und zinsende Bauern haben.“ ALBRECHT, der Bär, HEINRICH der Löwe, . . . ja sogar schlesische und polnische Fürsten, Mönchs- und Ritterorden riefen die deutschen Bauern über die Grenze. . . . Oder es lockten die Silberschatze des Erzgebirges, die die Slawen auch nicht zu haben verstanden. . . . In den Slawenländern entstanden im 13. Jahrhundert auch Städte mit rein deutscher Bevölkerung. . . . 1618 bekam JOHANN SIGISMUND (von Brandenburg) das Herzogtum Preußen (nur Ostpreußen) als Lehen von Polen. Der deutsche Ordensstaat hatte nämlich seine Großmachtstellung nicht behaupten können . . . und mußte . . . 1466 Westpreußen an Polen abtreten. Ostpreußen behielt er als polnisches Lehen. . . . Unter allen Feinden FRIEDRICHS (des Großen) hatten sich die Russen am gefährlichsten erwiesen. Er suchte daher jetzt deren Freundschaft und schloß ein Bündnis mit der Kaiserin KATHARINA II. Diese war sehr ländergierig und hatte ihr Auge besonders auf das zerrüttete Polen geworfen. (Es folgt eine Schilderung des „zerrütteten Polen“.) Immer größer wurde der Einfluß Rußlands auf das zerrüttete Reich. 1772 schloß es mit Preußen und Oesterreich einen Vertrag, infolgedessen jeder dieser Staaten einige an sein Gebiet grenzende polnische Landesteile an sich nahm. FRIEDRICH erhielt Westpreußen. . . . Bald nach Beendigung des gewaltigen Krieges 1814 versammelten sich die verbündeten Fürsten in Wien, um den Länderbesitz der einzelnen Staaten festzustellen. . . . Von den polnischen Bezirken behielt Preußen

nur Posen und Westpreußen, bekam aber dafür deutsche Gebiete.“

Es ließe sich viel sagen zu der verhetzenden, deutsche Raubzüge schönfärbenden Art, in der das Realienbuch, dem Reichsverfassungsentwurf über Völkerversöhnung zum Trotz, die Tatsachen wiedergibt, z. B.: „In jahrhundertlangen Kämpfen mußten Deutsche slawische Gebiete wieder erobern“, „KATHARINA II. war sehr ländergierig, . . . jeder Staat nahm einige an sein Gebiet grenzende polnische Landesteile an sich“ u. s. w. Denn mit dieser Art von Geschichte wird Tausenden von Proletariatskindern in Deutschland das Urteil vergiftet.

Aber mir kommt es hier auf etwas anderes an. Selbst aus diesem reaktionären Realienbuch geht hervor, daß es ein Irrsinn ist, aus der Geschichte eindeutig ein Recht Deutschlands auf die heute polnischen Gebiete zu erweisen, wie es die bürgerlichen Zeitungen tun. Die Geschichte zeigt vielmehr einen dauernden, mit wechselndem Glück geführten Machtkampf zwischen deutscher und polnischer Herrschaft. Der Leidtragende war durch alle Jahrhunderte das Proletariat: sowohl der polnische als auch der deutsche Landarbeiter, Arbeiter, Klein- und Mittelbauer.

Wir Sozialisten sind daran interessiert, daß das polnische Proletariat slawischer und deutscher Rasse endlich zu seinem Recht kommt. Darum wehren wir uns gegen die Hetze gegenüber dem neugeschaffenen polnischen Staat, mag er auch Brutalitäten für dort lebende Deutsche mit sich bringen. Durch die nationalistische Hetze Deutschlands gegen Polen und umgekehrt — wie wir keineswegs verleugnen — wird das polnische und deutsche Proletariat — jene in Gestalt geschwundener Wanderarbeiter, diese in Gestalt der zur Slawenabwehr angesetzten Siedler in der Ostmark — immer wieder vom Klassenkampf zum Nationenkampf abgedrängt. Tageskampf, in der Volksschule beginnend, in der sozialistischen Presse fortgeführt, ist hier eindringendes Gebot der Stunde.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Freitag, den 18. März, um 20.15 Uhr, in der Gastwirtschaft Kröger, Brunnenstraße 28 (Eingang Bleichertwiese). Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Berlin: Donnerstag, den 17. März, um 20 Uhr, in Neukölln, Lokal Boß, Allerstraße 40, Ecke Weisestraße. Thema: „Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?“

Bremen: Mittwoch, den 16. März, um 20.15 Uhr, Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 83 I. Thema: Die Lehren des 18. März.

Frankfurt a. M.: Mittwoch, den 16. März, um 20.15 Uhr, Volksbildungsheim. Thema: Die Reichspräsidentenwahl — und was nun? Redner: Walter Fliß (Köln).

Hamburg: Sonnabend, den 19. März, um 20.15 Uhr, im Volksheim Barmbeck, Marschnerstraße 36. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Leipzig: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Volksheim, Zeitzer Str. 82. Thema: „Die politische Lage nach dem 18. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft.“

Raschau: (Erzgebirge). Freitag, den 18. März, um 20 Uhr, in der Sporthalle. Thema: „Die politische Lage nach dem 18. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft.“

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Burg b. Magdeburg: Donnerstag, 17. März, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Shanghai in einer großen öffentlichen Versammlung in der Zentrallhalle, Burg, über das Thema: China und das europäische Proletariat. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

Zusammenstellung der Wahlergebnisse.

Die Vergleichszahlen in Klammern sind die Stimmzahlen von der Reichstagswahl 1930. Dabei sind für DUESTERBERG die deutschnationalen Stimmen, für HINDENBURG die Stimmen

der Parteien angegeben, die jetzt seine Kandidatur unterstützt haben (in erster Linie: SPD, Zentrum, Staatspartei, Wirtschaftspartei, Landvolk).

Wahlkreise	Duesterberg	Hindenburg	Hitler	Thälmann	Abgegebene Stimmen
1. Ostpreußen	138 946 (205 738)	509 766 (475 118)	402 289 (236 507)	116 444 (124 885)	1 165 280 (1 051 690)
2. Berlin	90 701 (145 031)	558 771 (518 564)	247 247 (158 257)	870 965 (408 646)	1 272 860 (1 288 158)
3. Potsdam II	116 780 (164 178)	583 996 (583 992)	326 087 (184 087)	205 142 (217 950)	1 216 483 (1 104 745)
4. Potsdam I	182 680 (159 491)	506 276 (538 689)	374 415 (215 982)	229 679 (280 806)	1 246 317 (1 151 133)
5. Frankfurt O.	123 207 (119 084)	409 403 (484 193)	388 048 (204 595)	81 521 (84 288)	955 110 (901 996)
6. Pommern	198 888 (242 720)	360 980 (406 109)	391 450 (237 852)	14 522 (85 957)	1 048 054 (977 788)
7. Breslau	81 687 (95 278)	541 869 (625 028)	403 269 (359 227)	98 862 (83 185)	1 175 994 (1 071 715)
8. Liegnitz	62 889 (58 549)	385 027 (436 925)	275 084 (142 178)	46 741 (41 447)	725 096 (681 816)
9. Oppeln	54 653 (101 698)	369 841 (354 043)	185 800 (88 555)	102 699 (110 688)	714 256 (666 695)
10. Magdeburg	99 007 (73 725)	471 019 (602 482)	361 029 (191 394)	107 417 (98 345)	1 030 901 (981 620)
11. Merseburg	108 542 (65 413)	286 719 (373 044)	273 708 (168 677)	201 378 (205 564)	868 701 (823 965)
12. Thüringen	168 882 (174 568)	507 859 (638 365)	450 589 (344 171)	246 606 (192 521)	1 376 598 (1 278 395)
13. Schleswig-Holstein	61 888 (54 568)	393 223 (492 986)	417 861 (240 288)	100 250 (94 832)	978 247 (890 693)
14. Weser-Ems	31 835 (53 434)	467 435 (583 646)	271 504 (166 117)	70 176 (50 853)	698 521 (809 289)
15. Ost-Hannover	77 716 (46 286)	252 800 (365 015)	240 658 (118 704)	49 115 (48 046)	622 839 (576 144)
16. Süd-Hannover-Braunsch.	71 570 (61 953)	602 056 (754 916)	468 181 (283 430)	87 829 (63 764)	1 228 079 (1 167 052)
17. Westfalen-Nord	75 584 (79 015)	868 844 (949 853)	318 607 (162 042)	178 943 (152 475)	1 498 999 (1 847 834)
18. Westfalen-Süd	64 385 (54 615)	789 769 (895 656)	868 283 (195 466)	279 441 (239 668)	1 493 490 (1 410 840)
19. Hessen-Nassau	68 011 (44 558)	737 225 (897 235)	510 686 (285 071)	167 171 (137 138)	1 451 060 (1 369 442)
20. Köln-Aachen	31 809 (34 828)	819 854 (765 564)	215 949 (169 518)	182 786 (169 165)	1 255 106 (1 169 804)
21. Koblenz-Trier	52 859 (39 222)	420 415 (450 029)	155 586 (94 107)	52 185 (40 122)	682 884 (688 381)
22. Düsseldorf-Ost	49 267 (59 421)	594 208 (610 500)	384 722 (210 162)	319 808 (321 393)	1 239 327 (1 288 858)
23. Düsseldorf-West	54 591 (59 010)	564 282 (576 282)	282 691 (168 785)	190 023 (176 116)	1 074 128 (1 006 344)
24. Oberbayern-Schwaben	31 176 (31 497)	978 484 (998 768)	367 187 (218 327)	116 109 (8. 172)	1 501 948 (1 340 127)
25. Niederbayern	8 237 (8 093)	473 620 (439 920)	150 240 (72 159)	42 787 (28 431)	677 460 (599 328)
26. Franken	61 978 (31 829)	812 858 (990 674)	558 246 (281 123)	89 123 (65 116)	1 515 179 (1 304 886)
27. Pfalz	11 300 (9 628)	382 497 (308 278)	196 184 (106 825)	13 365 (48 994)	554 199 (466 880)
28. Dresden-Bautzen	77 416 (55 706)	625 874 (744 908)	342 989 (180 580)	148 416 (139 556)	1 222 116 (1 178 610)
29. Leipzig	86 412 (80 737)	455 279 (586 429)	287 665 (115 997)	145 001 (142 261)	878 947 (827 086)
30. Chemnitz-Zwickau	55 653 (49 716)	410 310 (587 776)	487 879 (284 854)	286 098 (204 959)	1 193 875 (1 110 568)
31. Württemberg	88 959 (63 201)	850 458 (901 594)	369 718 (131 634)	145 142 (131 735)	1 458 287 (1 407 815)
32. Baden	28 546 (32 688)	720 412 (802 452)	385 505 (226 635)	148 316 (112 976)	1 285 957 (1 177 978)
33. Hessen-Darmstadt	10 185 (11 902)	427 887 (506 906)	280 176 (187 881)	104 853 (84 618)	829 954 (747 061)
34. Hamburg	37 989 (31 876)	446 091 (436 909)	200 420 (144 684)	128 901 (185 279)	816 600 (751 925)
35. Mecklenburg	60 016 (53 059)	242 753 (278 987)	181 080 (100 239)	46 128 (42 738)	535 100 (498 651)
Gesamtergebnis	2 557 876 (2 467 627)	18 661 736 (20 850 254)	11 838 571 (6 406 924)	4 982 170 (4 590 458)	37 660 377 (31 957 806)

Ergebnisse aus einzelnen Städten.

Wir bringen hier die Wahlergebnisse aus den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern, Berlin und Hamburg ausgenommen. (In Klammern die Vergleichszahlen aus den Reichstagswahlen 1930.)

Stadt	Duesterberg	Hindenburg	Hitler	Thälmann
Altona	7 148 (5 238)	76 557 (81 493)	44 450 (32 109)	25 201 (28 440)
Bochum	8 515 (7 420)	93 241 (101 178)	50 146 (31 238)	33 461 (34 359)
Bremen	22 746 (12 045)	113 075 (127 901)	26 253 (22 032)	27 374 (23 493)
Chemnitz	11 015 (12 612)	93 513 (108 443)	79 253 (49 423)	40 513 (40 512)
Dortmund	11 817 (11 644)	178 139 (195 323)	55 441 (24 934)	77 174 (60 355)
Duisburg-Hamborn	11 359 (12 622)	112 458 (111 814)	56 940 (41 157)	60 202 (57 587)
Düsseldorf	7 729 (13 560)	152 417 (157 312)	64 694 (39 170)	69 055 (72 027)
Dresden	25 257 (22 339)	247 489 (246 410)	110 199 (73 677)	47 614 (56 278)
Essen	12 765 (18 863)	216 162 (197 565)	75 817 (52 434)	86 879 (88 742)
Frankfurt a. M.	55 303 (17 135)	193 149 (203 299)	93 962 (68 498)	56 318 (49 441)
Gelsenkirchen	8 487 (10 624)	85 087 (93 738)	38 862 (17 871)	49 022 (45 527)
Hannover	9 576 (11 855)	165 443 (195 910)	101 301 (59 383)	23 379 (18 106)
Kiel	7 629 (11 795)	62 781 (74 274)	55 777 (29 771)	15 167 (13 643)
Köln	4 794 (6 613)	267 048 (249 272)	84 103 (70 280)	81 156 (67 786)
Königsberg	11 364 (11 493)	70 641 (80 119)	43 774 (43 510)	32 896 (36 994)
Leipzig	12 751 (16 748)	275 103 (272 884)	110 714 (62 559)	81 941 (83 981)
Magdeburg	18 945 (10 871)	110 027 (121 305)	50 935 (38 089)	22 715 (25 005)
Mannheim	2 001 (2 299)	93 843 (110 675)	35 226 (27 218)	32 041 (34 293)
München	9 055 (9 387)	291 323 (260 615)	102 372 (86 607)	56 711 (40 169)
Nürnberg	7 222 (6 005)	141 115 (163 845)	93 606 (60 095)	28 443 (20 262)
Nürnberg	13 460 (20 365)	76 485 (83 563)	52 304 (29 909)	24 210 (25 120)
Stettin	9 146 (18 006)	157 140 (131 500)	45 380 (21 360)	34 396 (36 119)
Stuttgart	15 232 (17 829)	102 187 (116 161)	91 035 (58 756)	59 967 (57 805)
Wuppertal				

Kopflöse Grenzmark.

Stadt	Duesterberg	Hindenburg	Hitler	Thälmann
Beuthen	2 162 (6 382)	27 238 (25 117)	14 306 (6 029)	7 566 (8 435)
Elbing	3 811 (5 735)	22 577 (22 413)	12 020 (5 319)	4 838 (6 757)
Flensburg	1 735 (1 299)	19 603 (24 502)	14 154 (6 818)	4 752 (4 313)
Hindenburg	5 473 (10 068)	28 182 (26 230)	16 482 (5 043)	19 116 (21 977)
Schneidemühl	2 680 (2 158)	10 085 (14 715)	9 260 (2 301)	2 500 (3 248)

Zum Vergleich mit den hessischen Landtagswahlen.

(Die Zahlen in Klammern geben die Stimmen bei den Landtagswahlen am 15. November 1931 an.)

Stadt	Duesterberg	Hindenburg	Hitler	Thälmann
Darmstadt	1 339 (1 377)	32 625 (23 925)	18 769 (25 832)	5 653 (6 151)
Gießen	1 057 (924)	11 764 (7 543)	6 825 (9 016)	1 564 (2 119)
Mainz	1 848 (1 584)	37 927 (48 448)	119 633 (23 992)	6 507 (15 825)

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 15. März.

Berlin: 20.30 Konzert aus der Philharmonie unter Leitung von FURTWÄNGLER. (Auch Königswusterhausen und Mühlacker.)

Hamburg: 18.40 Dr. WILH. JESSE: Die Rolle von Gold und Silber in der Gold und Währungsgeschichte der Länder. 18.55 Dr. JOHN BRECH: Indien weltwirtschaftlich gesehen.

Leipzig: 20.30 Hörspiel: „Straßenrondo“ von SCHIROKAUER. 21.30 Tagesfragen der Wirtschaft.

Mittwoch, den 16. März.

Berlin: 15.45 W. BOEHMER: Objektive und aktuelle Planwirtschaft. 17.30 Dr. W. POHL: Sozialpolitische Umschau. 19.30 VALERIUS MARCU: Der Aufstand der Nationalitäten gegen NAPOLEON. 22.30 Zeitbericht von ACTUALIS: Was wird aus der Mandatschüre?

Königswusterhausen: 19.00 Dr. H. ENGEL: Deutschland und der südosteuropäische Agrarblock. Langenberg: 19.30 Dr. W. DAEBRITZ: Die deutsche Konjunkturlage.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Zum Krisen-Kongress des ADGB

am 23. März in Berlin gibt der ISK ein Sonderheft heraus:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

Etwa 48 Seiten stark. Preis etwa 20 Pf.

Wir bitten, sofort Bestellungen an uns gelangen zu lassen, damit sie rechtzeitig erledigt werden können.

Internationale Verlags-Anstalt, G.m.b.H. / Berlin S 14, Inselstr. 8a.

ISK

7. JAHRGANG 8. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes
Preis monat 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate
Koffer □ Schatullen □ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfothauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Apfelsaft
naturrein und ungegoren,
hervorragend zur Frühjahrskur,
bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugzettel, Plakate usw.**
steht schnell,
sauber und billig her
Oskar Wettig
Gelnhausen

Briland. Ein Nachwort.

R. B. Paris, den 8. März 1932.

Viele hofften, daß BRIAND eines Tages wieder auf die politische Arena zurückkehren würde, und daß die Ruhe und das milde Klima der französischen Provinz, wohin er sich zurückgezogen hatte, ihm die nötige Kraft wiedergeben würde, um Europa von der Kriegsatosphäre zu befreien.

Diese Hoffnungen waren unbegründet; sie gehörten zu all den anderen Legenden, die die Persönlichkeit BRIANDS umgaben. BRIAND war bereits lange krank, und das wußten seine politischen Freunde, besonders die, die ihn während der letzten Sitzungen in der Kammer, denen er beiwohnte, gesehen hatten. Er war völlig erschöpft und ermüdet. Dann kam sein Tod.

Viele Friedensfreunde trauern um ihn. Versuchen wir als Sozialisten nachzuprüfen, ob der Tod BRIANDS für die Sache des Proletariats ein empfindlicher Verlust ist, obgleich BRIAND außerhalb der Reihen des Proletariats stand.

Wer war BRIAND?

Er kam aus einfachen Verhältnissen. Sein Vater war früher Bauer und wurde später Gastwirt. BRIAND wurde Rechtsanwalt. 25jährig bekannte er sich zu den Ideen des Sozialismus, eines Sozialismus allerdings, der nicht auf der Grundlage von MARX und ENGELS stand, sondern der eher dem Syndikalismus ähnelte. Aus dieser Periode seines Lebens stammen seine Reden über den Generalstreik, die er auf einem der ersten Gewerkschaftskongresse hielt. Sie blieben berühmt; besonders unter Sozialisten, die sie später fortwährend benutzten, um BRIANDS Verrat zu illustrieren. BRIAND hatte darin den Standpunkt vertreten, daß das Proletariat von dem Streik-Recht, das ihm die Gesetzgebung gibt, Gebrauch machen solle und die Regierung auf diesem friedlichen und legalen Wege eines Generalstreiks (im Gegensatz zu einer blutigen Revolution) zwingen solle, die Forderungen der Arbeiter anzunehmen. Nur dieser Weg sei eine Garantie für die Erzwingung des Fortschritts. Daß man im Rahmen der Legalität blieb, war für BRIAND am wichtigsten. BRIAND trug diese These auf dem Kongreß so überzeugend vor, daß die Gewerkschaften ihm zustimmten und sie gegen den Willen der Freunde von MARX annahm. BRIAND war also im Grunde kein Revolutionär! Die Legalität war ihm heilig, selbst in den Jahren, da er noch auf der Seite der Arbeiter stand. BRIAND war darum auch nie Klassenkämpfer. Und es ist unberechtigt, wenn Sozialisten ihm Verrat vorwerfen, indem sie Stellen aus seinen Reden zitieren, die aus dem Zusammenhang gerissen sind. Auf Grund seiner theoretischen Ansichten war BRIAND überhaupt nicht fähig, die Sache des Proletariats zu vertreten und das Proletariat zu führen. BRIANDS Abkehr vom kämpfenden Proletariat kann uns daher gar nicht erstauen.

Er gehörte zu jener Schicht der linken französischen Politiker, die viel von der Ideologie der Revolution von 1789 übernommen haben. Davon lebte er zum großen Teil. Beweis dafür ist seine politische Laufbahn.

BRIAND wurde als sozialistischer Abgeordneter in die Kammer gewählt; er wurde schnell berühmt. Seine Sprache war mitreißend, sie überzeugte, und das machte ihn zum Führer. BRIAND ist es im wesentlichen zu verdanken, daß das Gesetz angenommen wurde, durch das die Trennung von Kirche und Staat vollzogen wurde.

JAURES riß ihm, Minister zu werden. Er tat es; damit hätte er den Bruch mit den Sozialisten vollständig vollzogen. Die Kluft zwischen ihm und den früheren Kampfgenossen wurde stetig größer: BRIAND saß in einer Regierung, deren Mitglied, CLEMENCEAU, Truppen gegen die Bergarbeiter von Courrières schickte, wobei es mehrere Todeopfer gab.

Einige Zeit später wurde BRIAND Ministerpräsident. Jeder alte Arbeiter in Frankreich erinnert sich des Eisenbahnerstreiks vom Jahre 1910. Die Eisenbahner forderten Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen; sie kündigten Streik an. BRIAND zog sich aus der Affäre, indem er die Mobilmachung proklamierte. Diese Möglichkeit ließ ihm das Gesetz. Der Streik brach daraufhin zusammen. Es ist gut, sich dieser Tatsache zu erinnern, sie sich einzuprägen; denn sie warnen alle Sozialisten, etwa für BRIAND zu schwärmen.

Der Krieg kam. BRIAND machte mit; er war Minister, aber er war nicht Chauvinist wie CLEMENCEAU. Im Jahre 1917 versuchte er durch indirekte Verhandlungen den Frie-

den zu erzwingen. Das Spiel war gefährlich, die Sache mißlang. Verleumdungen ergossen sich über ihn, und er wurde ausgeschliffen. Seitdem wird er von den französischen Nationalisten besonders gehaßt.

In der Nachkriegszeit holte man ihn zurück. Er versuchte Deutschland und Frankreich einander näher zu bringen, indem er die Außenpolitik Frankreichs nach POINCARÉS Ruhrabenteuer in die Hand nahm. Es kam das gemeinsame Werk mit STRESEMANN, Locarno, Thoiry, der Völkerbund, Aktionen für die Sicherung des Friedens. BRIAND war, wie man ihn nannte, der Friedensapostel; er sagte von sich: „Solange ich da bin, wird kein Krieg kommen.“ Spürte er die Drohung, die in der politischen Atmosphäre Europas lag? Das ist gut möglich, denn in keiner anderen Zeit wurde er so verleumdet, in so starkem Maße von den französischen Nationalisten gehaßt, wie damals.

BRIAND ist nicht mehr da. Er erlebte noch, wie seine Arbeit gefährdet wurde, denn trotz BRIAND sind die Chauvinisten auf beiden Seiten der Grenze an der Arbeit und verzeichnen neue Erfolge. Der Mißerfolg des kühnen Verständigungsversuches von BRIAND ist sicher nicht zufällig. Denn das Proletariat, von dem BRIAND sich einmal getrennt hatte, war nicht da, um seiner Politik den nötigen Rückhalt zu geben. So hat sich die Abkehr BRIANDS vom kämpfenden Proletariat bitter an der Durchführung seiner eigenen Ideale gerichtet.

Als Sozialisten schätzen wir an BRIAND seine ernstgemeinte Arbeit zu Gunsten des Friedens. BRIAND hat einen Keim für die Verständigung zwischen den Völkern geschaffen. Und insofern ist der Verlust BRIANDS ein Verlust, der uns Sozialisten trifft. Denn wir, mehr als alle anderen, sind am Frieden interessiert, um die Arbeit für die Verwirklichung unseres Zieles vorbereiten zu können. Nur in diesem Sinne trauern wir um BRIANDS Tod.

Europäisches Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit.

In Amsterdam ist Anfang März ein Institut: „European Science Service“ gegründet worden. Es wird offiziell bezeichnet als ein internationales Büro zur geistigen Zusammenarbeit durch Verbreitung wissenschaftlicher Veröffentlichungen. Das Institut soll, unabhängig von Politik, Parteien oder Sonderinteressen, eine Grundlage für den allgemeinen Fortschritt, die Kultur und den Weltfrieden schaffen, indem es die Wissenschaft und ihre praktische Anwendung fördert. Es soll keine politische oder religiöse Richtung bevorzugen und von industriellen oder anderweit materiell interessierten Kreisen vollkommen unabhängig sein.

Es ist eine große und edle Aufgabe, die hier der Wissenschaft zugeschrieben wird: Sie soll dem allgemeinen Fortschritt, der Kultur und dem Weltfrieden dienen. Aber der Organisation, die zur Erfüllung dieser Aufgabe eingesetzt worden ist, fehlt schon in ihren Gründungsbestimmungen die Kühnheit und der Mut zur Wahrheit, die nötig sind, wenn auf diesem Weg ein Fortschritt erzielt werden soll. Zur Überwindung der klaffenden politischen und konfessionellen Gegensätze wäre es erforderlich, die Entscheidung der Wissenschaft gerade in diesen Fragen anzurufen, statt aus einem mißverstandenen Ideal der Objektivität heraus hier die Stellungnahme zu verweigern. Erst wenn die Wissenschaft sich zum Anwalt der Vernunft macht und ihre Ansprüche zur Geltung bringt, ist Fortschritt zur Kultur möglich. Es soll damit nicht behauptet werden, daß alle derartige Ansprüche wissenschaftlich erfassbar seien. Wo aber, wie in den genannten politischen und konfessionellen Streitigkeiten einander widersprechende Behauptungen und Forderungen aufgestellt und vertreten werden, da kommt der Wissenschaft das Richteramt zu.

Moderne Wallfahrt in Bayern.

H. Lt. In der Generalversammlung des „Wallfahrervereins Freising von 1835“ berichtete der Stadtpfarrprediger USCHOLD, es habe sich nunmehr gezeigt, daß die neue Methode, „die Wallfahrt mittels Auto zurückzulegen“, großen Beifall gefunden habe. Früher seien nur etwa 30 Personen nach Scheyern mitgepilgert; im vergangenen Jahr sei die Zahl der Wallfahrer auf 270 gestiegen.

nung habe ich nicht. Am besten, Sie erklären Frankreichs Desinteressent an dem albanischen Abenteuer. Das ist mein ehrlicher Rat.“

„Das ist eine Unmöglichkeit!“ fährt Saint Brice auf. „Dann ist bei uns die Revolution nicht aufzuhalten! Das wäre der Rückzug vor Capponi! Rom muß die gleichen Opfer bringen wie wir.“

Der Deutsche geht mit bedrücktem Herzen fort. Saint Brice hastet durch Zimmer. Wo steckte nur der furchtbare Rechenfehler... Das Telefon zerriß die Gedanken des Greises. Meldung vom Polizeipräsidium: „Zwischen Saint Denis und Paris hat vor zehn Minuten ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden. Etwa tausend Jugendliche versuchten mit roten Fahnen gegen die Peripherie von Paris vorzudringen. Die Demonstranten ließen über hundert Tote und Verwundete liegen, die Polizei büßte elf Mann ein.“

Saint Brice hat den Hörer am Ohr. Was soll er antworten? Von der Gegenseite fragt die Stimme weiter: „Entspricht es weiter den Absichten der Regierung, jeden aufkeimenden Aufruhr rücksichtslos niederzuschlagen?“

Saint Brice schweigt immer noch. Dann ruft er scharf in den Apparat: „Gegen jeden Rebellen schonungslos vorgehen!“

Eiserne Nerven! Brutaler Wille! — arbeitet es hinter der Stirn des Alten. Er läuft gehetzt durch das Zimmer. Bisher ist noch nichts verloren! Solange Frankreich nicht offiziell mobilisiert, wird auch Capponi nicht marschieren. Diese Brütlerung Europas fällt dem Römer nie und nimmer ein! Nein, viel schlimmer ist der innere Feind! Zehn Uhr abends soll der Generalstreik auf ganz Frankreich ausgedehnt werden, wenn die Regierung nicht zurücktritt... Blutsauger Brandt!

Wieder schrillt das Telefon. Der Innenminister schreit in den Draht, daß einige tausend Arbeiter mit Fahnen und Sowjetsternen in die Rue de Flandre eingebrochen und daß schwere Kämpfe im Gange sind...

Saint Brice läßt den Hörer fallen. Also auch im Nordosten geht es los! Will Paris an allen Ecken aufflammen... Wenn nun in einer Stunde Hunderttausende aus ihren Schlupfwinkeln vordringen... Neun Millionen folgen dem Wink dieses Einen! Brandt! Furchtbarer als Capponi ist dieser eigene

Geschenke an katholische Vereine.

H. Lt. München, 11. März.

Seit 100 Jahren stellt der katholische Orden der „Barmherzigen Schwestern“ Pflegepersonal für die städtischen Krankenanstalten und Altersheime. Er hat in München über 1400 Mitglieder, die in 31 Stationen tätig sind. Zum Zeichen der Anerkennung dieses Wirkens beschloß der Stadtrat, dem Orden ein drei Tagwerk (gut 1 ha) großes städtisches Grundstück zu übereignen.

Nicht minder großzügig sind die Städte in der Provinz, wenn es gilt, katholischen Organisationen Geschenke zu machen. So beschloß vor kurzem der Stadtrat von Moosburg (Oberbayern), dem katholischen Pressverein 100 Mark zu ersetzen, die nach einem Umzug der Bibliothek für Reparaturen ausgegeben werden mußten.

Das Gesamtergebnis.

Nach den vorläufigen amtlichen Feststellungen sind auf die Präsidentschaftskandidaten folgende Stimmen entfallen:

Duesterberg	2 557 876
Hindenburg	18 661 736
Hitler	11 338 571
Thälmann	4 982 079
Winter	111 470
Zersplittert	8 645
Insgesamt	57 660 377

Ausländische Pressestimmen zur Wahl.

Paris: „Das ist keine Garantie für die internationale Situation, aber es ist erheblich mehr, als nach einem Siege HITLERS zu fürchten gewesen wäre.“ („Temps“.)

„Wer garantiert aber dafür, daß nicht unter der zweiten Präsidentschaft HINDENBURGS die Regierung noch weiter nach rechts gehen wird?“ („Soir“, sozialistisch.)

New York: „... ein Signal zu erneuter Hoffnung auf die Zukunft der Demokratie und auf freundliche internationale Beziehungen.“ („Times“.)

Rom: „... die Millionen der für HINDENBURG abgegebenen Stimmen... die einer zusammengewürfelten Menge, die Millionenstimmen für HITLER dagegen die einer wohlgeordneten Heerschar.“ („Tribuna“.)

„Die Wahlen des 13. März gipfelten in einem Triumph für HITLER, da er sich, nur auf seine eigene Partei gestützt, zur Wahl gestellt habe. Ferner zeige das Ergebnis den Niedergang der Sozialdemokratie, da sie kein eigenes Programm habe, sondern in den bürgerlichen Parteien aufgegangen sei.“ („Giornale d'Italia“, halbamtlich.)

Saarländische Landesratswahlen.

von Saarbrücken, 13. März.

Die Wahlen zum saarländischen Landesrat, die am Sonntag stattfanden, sind ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 75 bis 80 Prozent gegenüber 66½ Prozent bei den Landesratswahlen im Jahre 1928. Es erhielten: (In den Klammern hinter den Stimmzahlen und den Sitzen stehen die Vergleichszahlen von den Landesratswahlen 1928.)

	Stimmen	Sitze	brücken Stimmen
SPD	36 022 (43 557)	3 (5)	7 998 (9 182)
Komm. Opposition	5 737 (—)	0 (—)	879 (—)
Dt. Wirtschaftsp.	11 580 (9 154)	1 (1)	5 077 (2 974)
KPD	84 044 (46 541)	8 (5)	11 388 (5 368)
Soz. Arbeiterpart.	2 577 (—)	0 (—)	378 (—)
Arb.- u. Bauernp.	6 496 (9 321)	0 (1)	73 (207)
Liste Otto Fried	3 424 (—)	0 (0)	79 (—)
NSDAP	24 429 (—)	2 (—)	5 988 (—)
Dtsch. Staatsp.	2 809 (3 923)	0 (—)	347 (806)
Dtsch.-Saarländ. Volkspartei	24 019 (26 230)	2 (3)	7 200 (6 976)
DNVP	5 770 (10 536)	0 (1)	1 952 (4 315)
Zentrum	156 422 (129 162)	14 (14)	16 000 (12 936)

Saint Brice sitzt allein in seinem Zimmer. Er ist wie gelähmt. Fallen die Bundesgenossen schon ab? Hat sich Frankreich nicht für die Belgrader in den Dreck geritten? Hat nicht der Polo das Eisen rotglühend erhalten? Wenn sich jetzt der südslawische König aus der Affäre zieht? Kann Frankreich allein fechten? Auch nur diplomatisch? ... Wenn man diesen Brandt packen könnte! Ihm sekundiert als Hilfsmacht die Angst der Völker vor einem mörderischen Krieg. Diese Angst ist stärker als die Kunst aller Diplomaten... Aber hat sich nicht alles logisch gefügt, zwangsläufig? Schicksalhaft? ... Aber irgendwo mußte doch ein Rechenfehler liegen... Der Greis greift mit zitternder Hand zum Telephonhörer, um den deutschen Botschafter herüberzubitten.

Dr. Haindl ist in fünf Minuten aus der naben Botschaft zur Stelle. Als er eintritt, guckt er durch seine glitzernden Brillengläser und errät alles: Untergangsstimmung.

Saint Brice ist voll ernster Würde. „Europa ist aufgeschreckt wie ein Bienschwarm. Der Machtwille Capponis schleudert unsern Erdteil in den Abgrund... Wir müssen die Fahrt bremsen. Deutschland kann sich nicht mehr versagen, Herr Botschafter. Sie müßten die entsetzliche Zeche ja auch mitbezahlen.“

Der Botschafter schweigt lange. Man sieht ihm die innere Erregung an. „Wir sind an der Lage unschuldig. Die Gründe liegen weit zurück. Was soll meine Regierung für Sie tun? Seit heute mittag ist die Stimmung bei uns daheim plötzlich umgeschlagen. Eine Welle nationalistischer Begeisterung geht durchs Land. Die vaterländischen Verbände marschieren in allen Städten auf und fordern Abbruch der Beziehungen zu Frankreich. Die Linkskreise leisten bisher nur geringen Widerstand dagegen. In Deutschland entzieht sich oben auch der einfache Mann nicht der Erkenntnis, daß siebzig Millionen Deutsche nicht durch Generationen Fronarbeit leisten können. Sie wissen, ich bin ein warmer Verfechter der Freundschaft zwischen unsern beiden Nationen. Sie haben immer die Vorkämpfer Thesen vertreten. Sie glaubten sich als Franzose dazu verpflichtet. Aber Deutschland ist sich selbst auch verpflichtet. Ich werde nochmals mit Berlin drahten. Vielleicht kann unser Botschafter in Rom einen letzten Appell versuchen. Viel Hoff-

Volksgenosse! — Die Minuten rennen. Fast acht Uhr. Noch zwei Stunden Frist —

In die Silberschläge der Uhr mischt sich die Telephon-glocke. Saint Brice starrt mißtrauisch zum Apparat. Muß eine neue Hiobsbotschaft eingeschluckt werden...?

„Ministerpräsident Baron Saint Brice...“

„Hier staatliche Funkenstation Nr. 1. Funkspruch des Abgeordneten Brandt für den Ministerpräsidenten...“

Die Greisenfinger umkrallen den Hörer. Brandt!... Meldet der Rebell die Unterwerfung?... Mit offenem Gebiß hängt der welke Mund über dem Apparat.

„Darf ich vorlesen, Herr Ministerpräsident? — Ich ersuche Sie um unverzüglichem Funkspruch, wann und wo ich Sie sprechen kann. Ich fordere zuvor die Aufhebung der Haftbefehle für mich und alle Komiteemitglieder der ‚Union‘ sowie freies Geleit. Antwort an BO I, Wellenlänge 250. — Léon Brandt.“ — Haben Sie alles richtig verstanden, Herr Ministerpräsident?

Saint Brice läßt sich den Funkspruch wiederholen. Hängt ab.

Was bedeutet das? Erlebt der Fanatiker sein zweites Damaskus? Aber der anmaßende Ton! Aufhebung der Haftbefehle, freies Geleit... Saint Brice fühlt seine Herronnatur im Kampf gegen sein Gewissen. Bringt sich die Regierung nicht um jeden Kredit, wenn sie jetzt die Haftbefehle auslöscht? Stößt man aber den Volkstribunen vor den Kopf, können die Folgen unabsehbar sein! Aufmarsch von neun Millionen, die der Regierung Fehde ansagen! Bürgerkrieg... Es ist schon Blut vergossen worden, es erregt den Durst lauernder Bestien!... Also her mit dem Mann! Ihn nur in die Hände bekommen! So oder anders! Ihn gewinnen oder vernichten!

Saint Brice telefoniert der Funkenstation die Antwort: „Funkspruch für Léon Brandt. Station BO I, Paris. — Ansuchen bewilligt. Bis neun Uhr abends wird mein Befehl alle Dienststellen passieren, daß Haftbefehle außer Kraft gesetzt sind. Sie werden neun Uhr fünfzehn im Ministerium des Außenern erwartet. — Baron Saint Brice.“

(Fortsetzung folgt.)

Rumänische Agrarpolitik.

Überall dasselbe: Subventionen. — Umschuldung. — Schuldner wünschen Inflation.

Im rumänischen Parlament wurde kürzlich über ein landwirtschaftliches Umschuldungsgesetz verhandelt, das eine unverkennbare Ähnlichkeit mit der deutschen Osthilfe-Aktion zeigt. Nach dem Entwurf werden die Landwirte als Schuldner in drei Klassen eingeteilt:

1. Bauern bis zu 5 Hektar Land; deren Schulden werden in eine zu 4 Prozent verzinsliche Schuld umgewandelt, die binnen 30 Jahren abgedeckt werden muß.

2. Bauern mit 5—25 Hektar Besitz; für sie gilt das Gleiche wie für die Schuldner der ersten Gruppe, aber nur, wenn die Gläubiger ihre Zustimmung geben. Bei den hierzu erforderlichen Verhandlungen übernimmt der Staat die Vermittlung und stellt auf dem Wege über die Landwirtschaftsbank die zur Unterstützung beider Teile notwendigen Mittel zur Verfügung.

3. Um bei größeren Betrieben die Verteilung der Schuldverpflichtungen über eine Reihe von Jahren zu ermöglichen, wird hier eine Art Zwangsvergleich eingeführt, der bisher nur bei Handelsunternehmen üblich war.

Es ist leicht verständlich, daß von Seiten der Gläubiger gegen dieses Gesetz Sturm gelaufen wurde. Besonders die Banken, deren Mittel zum größten Teil aus landwirtschaftlichen Wechseln bestehen, erklärten, daß es ihnen unmöglich sei, ihre Geschäfte aufrecht zu erhalten, wenn das Gesetz in der vorgeschlagenen Form durchgeführt würde. Sie schlugen vor, daß die Notenbank diese Wechsel diskontieren und damit den durch die Umschuldung entstehenden Verlust tragen soll.

Dieser Vorschlag der Banken ist aber sofort abgewiesen worden mit der Begründung, daß die rumänische Notenbank mit dem Ausland (Frankreich) anlässlich der Stabilisierung der Währung Vereinbarungen getroffen hat, die ihr solche Geschäfte nicht erlauben.

Der Finanzminister ARGETOIANU hat eine Auslandsreise unternommen, um finanzielle Hilfe für die rumänische Landwirtschaft zu erhalten. Die Reise ist jedoch ergebnislos verlaufen. Es wird daher nötig sein, Mittel im Inland aufzubringen. Die Regierung hat den Plan erwogen, zu diesem Zweck eine 5prozentige Zwangsanleihe zu machen, die in 5 Jahresraten in Höhe von je 1 Prozent des einkommensteuerpflichtigen Vermögens erhoben wird. Ausgenommen von der Zeichnungspflicht sollten nur sein: landwirtschaftliche Güter unter 10 Hektar, Bargeld und Bankguthaben (dies, um Menschen zu veranlassen, ihr Geld auf den Banken stehen zu lassen).

Auch dieser Plan wurde sehr bekämpft, weil behauptet wird, daß viele landwirtschaftliche Großbetriebe nicht einmal die erste Jahresrate aufbringen könnten und die Auferlegung der Zwangsanleihe auch für die Industrie sehr üble Folgen haben könnte. Da außerdem sämtliche Oppositionsparteien im rumänischen Parlament gegen den Plan sind, nimmt man an, daß er nicht durchgeführt werden wird. Die Regierung wünscht, daß das landwirtschaftliche Entschuldungsgesetz vorläufig ohne Lösung des finanziellen Problems von dem Parlament angenommen wird. Wie es dann in der Praxis durchgeführt werden soll, ist schwer zu sagen.

Dieser Umschuldungsaktion ist schon ein anderer Versuch vorausgegangen, die finanzielle Belastung der Landwirtschaft zu erleichtern. Im Herbst wurde den Bauern mit nicht mehr als 10 Hektar Land ein Viertel der Schulden völlig erlassen, im Januar ein weiteres Viertel. Das Gesetz, das die Zwangsvollstreckung gegen Landwirte vorläufig aufhebt, ist bis zum 15. März verlängert worden.

Die Regierung hat auch Versuche unternommen, die Krise dadurch zu lindern, daß der Absatz erleichtert wird.

Zwischen Deutschland und Rumänien fanden im vergangenen Jahre Verhandlungen über einen Handelsvertrag statt, der zu einer Vergrößerung der Getreideausfuhr Rumäniens nach Deutschland führen sollte. Dieser Vertrag kam nicht zustande. Die Lebensmittelausfuhr nach Deutschland war 1931 um 60 Prozent geringer als im Vorjahr. Die Regierung versuchte, die Getreideausfuhr auf andere Art zu heben: Nach dem deutschen Muster der Getreideeinfuhrscheine zahlt sie für jeden Waggon Weizen, der ausgeführt wird, eine Prämie von 250 Mark.

Die Maßnahme, die von Seiten der Regierung zur Behebung der Agrarkrise vorgenommen werden, erinnern also sehr an die in Deutschland mit so viel Eifer und Geld betriebene Stützung unrentabler landwirtschaftlicher Betriebe. Für wie dringend eine Stützung der Bauern in Rumänien gehalten wird, geht schon daraus hervor, daß die Regierung eine vorläufige Aussetzung der Tilgung landwirtschaftlicher Schulden verordnet hat. Inzwischen hofft man, sich über das Gesetz geeinigt zu haben. Aber auch vor der Erklärung dieses Moratoriums konnten die Bauern praktisch nicht zahlen; sie kamen immer mehr in Schulden, denn die Banken gaben ihnen nur zu hohem Zinsfuß Kredite; die Bauern sind nicht in der Lage, sie abzudecken, sondern müssen sie vielmehr immer wieder durch neue Kredite ergänzen.

Die Banken haben bei diesen Geschäften anscheinend gut verdient. Sie haben Zins in Höhe von

30—40 Prozent genommen. Ihre Abschlüsse zeigten während einer Reihe von Jahren hohe Gewinne, und sie verteilten ansehnliche Dividenden, ohne hinreichende Reserven anzulegen. Die Gewinne standen aber zum großen Teil nur in den Büchern, da die Bauern ja die Bankzinsen meist nicht bezahlten. Als die Agrarkrise schlimmer wurde und die Bauern immer weniger zahlten, mußten viele Banken die Zahlungen einstellen; während des vergangenen Jahres allein drei Banken mit einem Kapital von nahezu 100 Millionen Mark. Die Banken versprachen ihren Gläubigern, das Geld binnen drei Jahren hundertprozentig zurückzahlen. Daß sie in der Lage sein werden, dieses Versprechen zu halten, wird stark bezweifelt.

Die Bankschwierigkeiten führten zu einer großen Panik der Öffentlichkeit. Viele Sparer hoben ihr Geld von Banken und Sparkassen ab und hamsterten Gold.

Die Notendeckung durch Gold- und Golddevisen ist während des vergangenen Jahres von 44,7 auf 36,1 Prozent gesunken. (Die gesetzlich geforderte Notendeckung beträgt aber nur 30 Prozent.) 32 Prozent der jetzt vorhandenen Deckung besteht aus Gold, kann also nicht durch Aufgabe der Goldwährung seitens anderer Länder entwertet werden. Die Handelsbilanz zeigte im vergangenen Jahre einen Ausfuhrüberschuß, der zur Begleichung der Auslandsverpflichtungen der rumänischen Regierung hinreichte.

Aber angesichts der Unsicherheit, die noch darüber herrscht, ob das landwirtschaftliche Umschuldungsgesetz in einer Form angenommen werden wird, die den Grundbesitzern eine wesentliche Erleichterung verschafft, ist es leicht verständlich, daß weite Kreise im Lande, nämlich alle Schuldner — für Aufgabe der Goldwährung sind. Sie wissen, daß die Entwertung der Währung das sicherste Mittel ist, Schulden loszuwerden. Auch die Regierung dürfte, angesichts des umfangreichen Budgetdefizits, einer derartigen Lösung der Schwierigkeiten nicht feindlich gegenüberstehen.

Es ist also überall dasselbe: man will Fehler nicht eingestehen. In Rumänien dürften die Fehler übrigens weniger auf Seiten der Landwirtschaft selber liegen, als auf Seiten der Banken und ihrer Hintermänner. Die Banken in Rumänien könnte man geradezu als Institute zur Bewucherung der Bauern bezeichnen. Eine Inflation, die den Schuldnern eine Erleichterung brächte, würde nun leider kaum die Banken am meisten schädigen; denn diese würden es am ehesten verstehen, den Schaden von sich abzuwehren. Weil eine Inflation die an den heutigen Verhältnissen Unschuldigen, die Lohnarbeiter und alle kleinen Sparer, am meisten treffen würde, müssen Sozialisten sie auch im Falle Rumäniens ablehnen.

Den durch Wucher geschädigten Bauern sollte also geholfen werden durch eine teilweise Schuldenstreichung, nicht zu Lasten der wirtschaftlich schwächsten Teile der Bevölkerung, sondern zu Lasten der Wucherer selber. Mc.

Afrika

als schwerindustrielles Zukunftsland.

Über dieses Thema lesen wir in den von Kolonial-Deutschen herausgegebenen „Afrika-Nachrichten“ (Nr. 5/6, vom 1. März 1932):

„... Die Bestie Europa hat das Riesland in seinen Fängen; es ist verurteilt, Industrieland zu werden. Nutzlos, sich hiergegen zu wehren. Die europäischen Industrien sind am Verhungern (durch eigene Schuld! W. H.); sie suchen unbrauchbares Land. Afrika ist fällig, weil es industriell noch am wenigsten entwickelt ist“ und — fügen wir hinzu — weil seine Bewohner wehrlos sind gegenüber den Mordwaffen, der Technik und den geistigen Machtmitteln der Europäer.

Und doch hat Afrika auch als Stätte des Gewerbefleißes eine Vergangenheit, die sich sehen lassen kann, von der allerdings die wenigsten Europäer etwas wissen. Die „Afrika-Nachrichten“ berichten darüber:

„Uralt ist dort gerade die Schlüsselindustrie allen technischen Schaffens, der Bergbau. Kaum ein Land ist so reich an Zeugnissen vorhistorischer Siedlung durch technisch bereits fortgeschrittene Menschen. Es ist noch wenig bekannt, wie groß die Zahl der geschickt aufgesuchten und nachher wieder sorgfältig verstellten Grubenbaue ist. Diese Baue finden sich in dem goldführenden Bezirk von Belingwes, dem kupferführenden Palambora und dem zinnführenden von Blaubank. Nach Norden zu ist der vorhistorische Bergmann bis Katanga, d. h. bis zur gleichen Höhe wie die Nordspitze des Nyassa-Sees vorgedrungen. Im Süden hat er das Gebiet bis nördlich Pretoria geologisch gekannt und beherrscht und dabei ein verblüffendes Auffindungsvermögen an den Tag gelegt. Sämtliche heutigen Bergbaubetriebe beruhen irgend wie auf den Spuren dieser vorhistorischen Tätigkeit.

Noch erstaunlicher (erstaunlich nur für den verblödeten Europäer! W. H.) ist die Sauberkeit, mit der die Erzgänge verfolgt und sozusagen aus dem tauben Gestein herausgeschält worden sind. Die Stollen haben gelegentlich nur 3 Fuß Breite bei 1½ Fuß Höhe. In diesem Stollen haben die Menschen mit ihren Steinwerkzeugen gearbeitet, ihre Arbeit beleuchtet und geatmet. Das ist fast ein Rätsel. Denn das Wegsprengen des Gebirges erfolgte durch ein Erhitzen der Felsen mittels Holzfeuers und nachfolgendes Abschrecken mittels Wassergüssen. Dabei fehlte natürlich eine maschinelle Wetterführung.

Das abgebaute Zinn wurde zur Bronzeherstellung benutzt. Man kann berechnen, daß etwa 3000 Tonnen Zinnmetall

Zu Kreugers Selbstmord.

Kreugers Bedeutung für Schweden.

„Will man sich eine Vorstellung davon machen, was Ivar Kreuger für das kleine Schweden gewesen ist, so muß man das, was Hugo Stinnes in seinen größten Zeiten für das auch in der Inflationszeit soviel größere Deutschland gewesen ist, etwa mit 10 multiplizieren. Man muß hinzuaddieren die gewaltigen ausländischen Interessen, die Kreuger in fast allen kapitalstarken und kapital schwachen Ländern der Welt unterhielt.“ („Berliner Tageblatt“, Nr. 125, vom 14. März.)

Kreugers Staatsanleihen.

Der KREUGER-Konzern hat insgesamt für 1225 Millionen Mark Anleihen an verschiedene Staaten gegeben (nach dem heutigen Kurs umgerechnet). Hier ist die Liste:

Land	Betrag
Deutsches Reich	Währung Dollar 125 000 000
Polen	Währung Dollar 42 400 000
Ungarn	Währung Dollar 36 000 000
Rumänien	Währung Dollar 30 000 000
Jugoslawien	Währung Dollar 22 000 000
Türkei	Währung Dollar 10 000 000
Lettland	Währung Dollar 6 000 000
Litauen	Währung Dollar 6 000 000
Danzig	Währung Dollar 1 000 000
Guatemala	Währung Dollar 2 000 000
Ecuador	Währung Dollar 3 000 000
Bolivien	Währung Dollar 2 000 000
Zusammen Dollar 285 000 000	
Griechenland	Pfund Sterling 1 000 000
Rumänien	Pfund Sterling 380 690
Zusammen Pfund Sterling 1 380 690	
Estland	Schwed. Kronen 7 000 000
Zusammen Schwed. Kronen 7 000 000	

Börsen nach Kreugers Selbstmord.

An der Züricher Börse sind am Montag die KREUGER-Werte von der Kursliste gestrichen worden.

In Berlin hätte vermutlich das in Börsenkreisen begrüßte Wahlergebnis Kurssteigerungen zur Folge gehabt. Diese Wirkung wurde jedoch völlig überschattet durch Befürchtungen über die Zukunft des KREUGER-Konzerns. Der Kurs für Svenska Tändsticks hat sich am Montag gegenüber Samstag halbiert.

An der New Yorker Börse notierten KREUGER & TOLL-Aktien am Sonnabend 5 Dollar, am Montag zunächst 17/8 Dollar, später 27/8 Dollar.

Selbstmord-Epidemie unter „Wirtschaftsführern“.

Am 14. März beging GEORGE EASTMAN, der Gründer und Generaldirektor der weltbekannten EASTMAN-Kodak-Company, Selbstmord. Sein Vermögen wird auf 500 Millionen Dollar geschätzt. Er hinterließ einen Zettel mit den Worten: „Meine Arbeit ist getan! Was noch warten?“

abgebaut wurden, die zu 33 000 Tonnen Bronze verarbeitet wurden. Von diesem doch nicht rostenden Metall ist aber so wenig gefunden worden, daß man zu dem Schluß kommen muß: die mit dem Zinnbergbau zusammenhängende Bronzezeit liegt in Südafrika sehr weit zurück.

Interessant ist, daß man in vielen dieser riesigen Landgebiete durchziehenden Grubenbaue neben den grifflosen Steinhämmern sehr harte stählerne Meißel gefunden hat. Diese bestehen aus bündelweise zusammengeschweißten Stahlriemen, die durch ein Abschreckverfahren gehärtet wurden. Es ist also ein getempertem Stahl, wie wir ihn auch aus Alt-Indien kennen. Von dort wanderte die Kunst der Stahlbehandlung über Damaskus (Damaszener Klingen) nach Afrika hinüber.

Man braucht nur noch an die technischen Leistungen der alten Ägypter und Karthager zu denken, um festzustellen, daß in Afrika bereits technisches Leben in hoher Blüte stand, als Europa noch von wenigen, verschüchtert umherziehenden Menschenhorden bewohnt war.“

Diese Tatsachen sind für uns zivilisationsstolze Europäer sehr lehrreich! W. H.

SCHWEIZ

Außenhandel: Die Ausfuhr stieg von 232 Millionen Franken im Januar auf 238 Millionen Franken im Februar, während die Einfuhr von 160 auf 157 Millionen Franken sank.

Infolge des Kontingentierungssystems zwischen Deutschland und der Schweiz, das am 4. Februar in Kraft trat, sank die Einfuhr aus Deutschland von 62 Millionen Franken im Januar auf 55 Millionen Franken im Februar. Der Rückgang ist weit stärker, wenn die ersten Februar-Tage, in denen die Ausfuhr Deutschlands nach der Schweiz sehr groß war, nicht mitgezählt werden.

Weitere Einfuhrbeschränkungen: Auf einer Tagung der Zolltarifkommission des National- und Ständerates bemerkte Direktor STUCKI, daß die Schaffung vorübergehender Einfuhrmonopole für Artikel des Massenkonsums von der Regierung beabsichtigt sei.

FRANKREICH

Weitere Einfuhrbeschränkungen: Das französische Handelsministerium beabsichtigt, eine Kontingentierung der Einfuhr von Maschinenwerkzeugen einzuführen. Eine Abordnung englischer Fabrikanten befindet sich in Paris, um mit den zuständigen Stellen zu verhandeln, da die englische Industrie durch eine solche Kontingentierung sehr betroffen werden würde. Auch die amerikanische Handelskammer hat ähnliche Verhandlungen eröffnet.

Schwerindustrie: Im Januar wurden nur noch 502 000 Tonnen Roh Eisen erzeugt gegen 543 000 Tonnen im Dezember und 801 000 Tonnen im Januar 1931. Außerdem wurden fünf Hochöfen gelöscht, so daß am Monatsende nur noch 85 unter Feuer waren. Drei Fünftel aller französischen Hochöfen sind damit außer Betrieb.